



Nachtrag Nr. 2 vom 03. April 2014

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz

zu Basisprospekten der

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

(nachstehend **Emittentin**, die **Bank** oder **Helaba** oder zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch **Konzern** genannt)

Dieser Nachtrag wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten sowie auf der Internetseite der Emittentin unter www.helaba.de bzw. unter www.helaba-zertifikate.de veröffentlicht.

INHALTSVERZEICHNIS

Wichtige Hinweise	3
Belehrung über das Widerrufsrecht gemäß § 16 Absatz 3 WpPG	3
Inhalt dieses Nachtrags	3
Änderung der in der Tabelle aufgeführten Basisprospekte in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale.....	3
Anhang: Lagebericht und Jahresabschluss 2013 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB).....	5
- Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen	A-2
- Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen	A-59
Unterschriften	6

Wichtige Hinweise

Dieser Nachtrag aktualisiert die in der Tabelle auf Seite 4 (die **Tabelle**) aufgeführten Basisprospekte in der Fassung des Nachtrags Nr. 1 vom 13.01.2014 in Bezug auf die bereitgestellten und in diesem Nachtrag genannten Angaben und bildet mit diesen jeweils eine Einheit. Die mit diesem Nachtrag bereitgestellten Informationen sind mit den in den Basisprospekten zur Verfügung gestellten Angaben im Zusammenhang zu lesen.

Dieser Nachtrag vom 03. April 2014 (der **Nachtrag**), die Basisprospekte und das jeweils per Verweis einbezogene Dokument wurden bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und werden in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten sowie auf der Internetseite der Emittentin unter www.helaba.de bzw. unter www.helaba-zertifikate.de veröffentlicht.

Belehrung über das Widerrufsrecht gemäß § 16 Absatz 3 WpPG

Anleger, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von unter den Basisprospekten angebotenen Wertpapieren gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung dieses Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Absatz 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist. Der Widerruf muss keine Begründung enthalten und ist in Textform gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Neue Mainzer Str. 52-58, 60311 Frankfurt am Main, zu erklären. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Inhalt dieses Nachtrags

Durch den Nachtrag vom 03. April 2014 werden die in der Tabelle aufgeführten Basisprospekte gemäß § 16 WpPG, aufgrund der mit Wirkung zum 31. März 2014 (09.25 Uhr) durch die Helaba erfolgten Veröffentlichung ihres Jahresabschlusses und Lageberichtes 2013 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), an den folgenden Stellen geändert:

Änderung der in der Tabelle aufgeführten Basisprospekte in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

In Bezug auf die aus dem Registrierungsformular vom 13. Mai 2013 in die Basisprospekte - jeweils im Abschnitt „Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“ - einbezogenen Angaben, werden die Formulierungen unter der Überschrift „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin“ wie folgt ergänzt:

„Historische Finanzinformationen

Die Emittentin hat am 31. März 2014 ihren Jahresabschluss und ihren Lagebericht nach den Vorschriften des HGB für das Geschäftsjahr 2013 veröffentlicht. Dieser Jahresabschluss und dieser Lagebericht nach den Vorschriften des HGB wurde von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.“

Nr.	Bezeichnung des Basisprospekts	Nachtrag Nr.	Datum des Basisprospekts	Geändert durch	Seitenzahl für den Abschnitt „Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“
1	Strukturierte Schuldverschreibungen (Basisprospekt A)	2	13.05.2013	Nachtrag Nr. 1 vom 13. Januar 2014	Seite 73
2	Schuldverschreibungen (einschließlich Pfandbriefe) (Basisprospekt B)	2	13.05.2013	Nachtrag Nr. 1 vom 13. Januar 2014	Seite 45
3	Strukturierte Schuldverschreibungen (Basisprospekt C)	2	13.05.2013	Nachtrag Nr. 1 vom 13. Januar 2014	Seite 81

Anhang: Lagebericht und Jahresabschluss 2013 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB)

Die nachfolgenden Seiten A-1 bis A-110 sind dem Jahresfinanzbericht 2013 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale entnommen, der bei der Helaba, Neue Mainzer Straße 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main erhältlich oder unter www.helaba.de abrufbar ist.

Lagebericht und
Jahresabschluss der
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale 2013

Lagebericht der
Landesbank Hessen-Thüringen

Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Grundlagen der Bank

Geschäftsmodell der Bank

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba) weist in den letzten Jahren eine sehr stabile Geschäfts- und Ertragsentwicklung auf. Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfügt die Helaba über das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer integrierten Universalbank mit starkem regionalem Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation. Neben diesem Geschäftsmodell sind die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba:

- ein konservatives Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement und einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung,
- eine starke Verankerung im Kundengeschäft und eine enge Verzahnung mit der Realwirtschaft,
- ein langfristig angelegtes Liquiditätsmanagement sowie
- ein hoher Stellenwert des Sparkassenverbund- und des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba sind ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau ihrer Aktivitäten im Verbund- und öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft. Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Geschäftsaktivitäten erfolgen aus den beiden Bankzentralen in Frankfurt am Main und Erfurt sowie den Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Aufbauorganisatorisch und in der Geschäftssteuerung gilt mit Ausnahme des Tochterinstituts Frankfurter Sparkasse das Prinzip der konzernweiten Divisionalisierung, das heißt, es erfolgt konzernweit eine einheitliche Steuerung aller Produkt-, Kunden- und Servicebereiche.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und des gehobenen Mittelstands, institutionellen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland zu stärken. In Hessen-Thüringen bilden die Helaba und die Verbundsparkassen die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der „wirtschaftlichen Einheit“ und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden im Sommer 2012 umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Kooperationsvereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und

Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, das unverändert fortbesteht. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 800.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%-Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management und Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank, die von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit ist, besteht in Übereinstimmung mit EU-Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften, beteiligt. Der Thüringer Aufbaubank hat die Helaba ein Nachrangdarlehen in Höhe von 40 Mio. € gewährt.

Eigentümer, Kapitalausstattung und Organe der Bank

Seit Mitte 2012 sind neben dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) und den beiden Ländern Hessen und Thüringen mit dem Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, dem Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie zwei Treuhandgesellschaften der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beziehungsweise der regionalen Sparkassenstützungsfonds der deutschen Sparkassen vier weitere Träger im Trägerkreis der Helaba. Das Stammkapital der Helaba in Höhe von 589 Mio. € wird mehrheitlich von Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten (88%). Die beiden Bundesländer Hessen und Thüringen halten Anteile von zusammen 12%.

Trägerstruktur der Helaba zum 31. Dezember 2013

Zusammensetzung Stammkapital	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT)	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	589	100,00

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Die Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Seitens der drei führenden Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), Fitch Ratings (Fitch) und Standard & Poor's (S&P) verfügt die Helaba über folgende Ratings für nicht der Gewährträgerhaftung unterliegende Verbindlichkeiten (Stand: 11. Februar 2014):

	Moody's	Fitch	S&P
Langfristig (unbesichert)	A2	A+*	A*
Kurzfristig (unbesichert)	P-1	F1+*	A-1*
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	-
Hypothekendarlehen	-	AAA	-
Finanzkraft-/Viability-Rating	D+	a+*	-

* Gemeinsames Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Die für die Helaba und die Sparkassen in Hessen und Thüringen von Fitch und S&P vergebenen Verbund-Ratings basieren auf dem gemeinsamen Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen sowie den satzungsrechtlich verankerten institutionellen, haftungsmäßigen und wirtschaftlichen Regelungen. Die Helaba gehört im Marktvergleich bei den drei Rating-Agenturen unverändert zu den deutschen Kreditinstituten mit den höchsten Bonitätseinstufungen.

Die teilrechtsfähige, im öffentlichen Fördergeschäft tätige WIBank, für die gesetzlich die Gewährträgerhaftung des Landes Hessen gilt, verfügt bei S&P über ein „AA“-Rating für langfristige, unbesicherte Verbindlichkeiten.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten, als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen eines Kosten-Ertragsverhältnisses von 60 %. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragsschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert (bis 2013 Solvabilitätsverordnung (SolvV), ab 2014 Capital Requirements Regulation (CRR)). Die Rentabilitätsziele werden über die bilanzielle und regulatorische Eigenkapitalrentabilität gesteuert.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte an der Gesamtbilanz.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Funding-Basis.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba die Stoßrichtung, ihre Position als führende Verbundbank der deutschen Sparkassenorganisation weiter auszubauen. Mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen ist die Helaba über das satzungsrechtlich verankerte Verbundkonzept verbunden. Mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen bestehen umfangreiche vertragliche Kooperationsvereinbarungen. Ziel beider Vereinbarungen ist insbesondere die Intensivierung der Zusammenarbeit der angeschlossenen Sparkassen mit der Helaba-Verbundbank. Angestrebt wird eine durchgängige Verbundquote im Zielkorridor von 60 %–80 %. Als Verbundquote wird dabei der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug von Produkten und Dienstleistungen der jeweiligen Sparkassen angesehen.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagementsystems werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass rund die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist das Vergütungssystem für die außertariflich Beschäftigten. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Zuordnung des Budgets für die variable Vergütung. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass Anreize zum Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken bei einzelnen Beschäftigten entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche und ökologische Verantwortung. Diese Verantwortung hat die Helaba in verbindliche Vorgaben im Rahmen ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach ist die Identifizierung von Umweltrisiken und sozialen Risiken Bestandteil der Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse. Die Helaba wird einen Regelprozess zur angemessenen Berücksichtigung entsprechender Risiken bei der

Kreditvergabeentscheidung installieren. Herstellung und Handel kontroverser Waffenarten werden von der Helaba nicht finanziert. Auf Spekulationsgeschäfte mit Agrarrohstoffen verzichtet die Helaba ebenso wie auf die Entwicklung von Investmentprodukten mit Bezug zu Agrarrohstoffen. Einen Beitrag zum Klimaschutz leistet die Helaba durch Maßnahmen zur betrieblichen Energieeinsparung. Dem MAIN TOWER, dem Hauptgebäude der Helaba am Standort Frankfurt am Main, wurde nach den Standards von „Leadership in Energy and Environmental Design (LEED)“ im Jahr 2011 die Auszeichnung „LEED Gold“ als umweltfreundliches, ressourcenschonendes und nachhaltiges Gebäude verliehen. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verordnung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen die Helaba und die Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck. Durch die jährliche Ermittlung von Umweltkennzahlen und deren Veröffentlichung im Internet macht die Helaba wesentliche Elemente ihres ökologischen Profils transparent und schafft Anreize für die weitere Verringerung von Verbrauchs- und Emissionswerten. Die Helaba und die Frankfurter Sparkasse gehören zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen zu einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur. Die Helaba ist direkt beziehungsweise über die Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert zahlreiche Einrichtungen und Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft startete verhalten ins Jahr 2013. Im weiteren Jahresverlauf hat sich allerdings wieder Wachstum eingestellt. Aufgrund des schwachen ersten Quartals blieb das Wirtschaftswachstum für das Gesamtjahr aber mit real 0,5 % gering. Leicht negativ war der Wachstumsbeitrag des Außenhandels, da die Ausfuhren kaum zulegten und die Importe etwas schneller stiegen. Die Exporttätigkeit litt vor allem unter der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den europäischen Krisenstaaten. Allerdings zeigten sich dort erste Besserungstendenzen. Dagegen legte der deutsche Konsum überdurchschnittlich zu. Die Verbraucher profitierten von steigenden Realinkommen sowie einer günstigeren Beschäftigung und verringerten ihre Spartätigkeit. In der zweiten Jahreshälfte belebten sich auch die Ausrüstungsinvestitionen. Die Unternehmen haben nach dem Abklingen der europäischen Schuldenkrise wieder mehr Vertrauen in das Fortbestehen des Währungsraums. Niedrige Kapitalmarktzinsen und eine steigende Kapazitätsauslastung verbesserten zudem die Rahmenbedingungen für die Kapitalbildung. Der Wohnungsbau weist schon seit einiger Zeit eine Sonderkonjunktur auf, auch wenn der lange Winter die Aktivitäten in diesem Sektor gebremst hat. Die hohe Nachfrage nach Wohnraum in Großstädten, sehr niedrige Hypothekenzinsen, der Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand ließen den Wohnungsbau expandieren.

Das Wettbewerbsumfeld der deutschen Kreditwirtschaft ist durch ein anhaltendes historisches Niedrigzinsniveau und ein sich weiterhin signifikant veränderndes regulatorisches Umfeld geprägt. Hinzu kommen die erforderlichen Harmonisierungs- und Anpassungsprozesse auf dem Weg zur europäischen Bankenunion. Während sich in einzelnen Geschäftsfeldern, insbesondere im Retail Banking sowie im Mittelstandsgeschäft, der Wettbewerbsdruck deutlich verschärft, haben sich

insbesondere im langfristigen Kredit- und Projektfinanzierungsgeschäft Wettbewerber, auch aus dem Ausland, zurückgezogen. Hierdurch ergeben sich für Kreditinstitute mit stabilen Refinanzierungsstrukturen und Fokussierung auf einzelne Kerngeschäftsfelder Möglichkeiten zur Stärkung und zum Ausbau von Marktpositionen. Die Veränderungen in den regulatorischen Rahmenbedingungen führen strukturell zu einer Absenkung der Rentabilität des gesamten Bankensektors und damit zur Rücknahme von Rentabilitätszielen.

Zu den wesentlichen Herausforderungen der Bankenregulierung gehören:

■ **Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)**

Die seit 2010 vorliegenden Vorschläge des Baseler Ausschusses zu künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) wurden 2013 in der Europäischen Union (EU) durch ein Änderungspaket zur Banken- und Kapitaladäquanz-Richtlinie (Capital Requirements Directive IV – CRD IV) und eine entsprechende Verordnung (CRR) mit Inkrafttreten zum 1. Januar 2014 umgesetzt. Mit dem CRD-IV-Umsetzungsgesetz vom 28. August 2013 hat der Gesetzgeber die Vorgaben der EU-Richtlinie in deutsches Recht übertragen.

Inhaltlich verschärfen sich die Anforderungen an die zukünftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten qualitativ und quantitativ deutlich. Die neuen Eigenmittelquoten werden stufenweise bis zum Jahr 2019 eingeführt. Die Kapitalinstrumente Stammkapital (589 Mio. €), Kapitaleinlagen des Landes Hessen (1.920 Mio. €) und Rücklagen (3,1 Mrd. €) entsprechen den Anforderungen der CRR vollumfänglich. Insgesamt erfüllt die Helaba bereits heute die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an „hartes“ Kernkapital (CET 1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen der Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen in Höhe von 395 Mio. €, stille Einlagen der Main Capital Funding in Höhe von 500 Mio. € und stille Einlagen von Lebensversicherungen in Höhe von 58 Mio. €. Inwieweit seitens der Aufsichtsbehörden in Deutschland zusätzliche Kapitalaufschläge für national systemrelevante Kreditinstitute sowie antizyklische Kapitalpuffer in den nächsten Jahren eingeführt werden, ist zurzeit noch offen.

Bereits im Jahr 2010 hat der Baseler Ausschuss die Einführung einer kurzfristigen Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio – LCR) ab 2015 beschlossen. Die Vorgaben wurden im Laufe des Jahres konkretisiert. Die Kennziffer wird jetzt bis 2019 stufenweise eingeführt. Gleichzeitig wurde der Kreis der als Liquiditätspuffer ansetzbaren Vermögensgegenstände erweitert und die Bedingungen des anzunehmenden Krisenszenarios wurden modifiziert. Die Offenlegungsvorschriften zur LCR sind ab 2015 einzuhalten.

Für die zweite Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio – NSFR), deren Einführung frühestens ab 2018 vorgesehen ist, wurde im Januar 2014 ein überarbeitetes Konsultationspapier veröffentlicht. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf wurde die Zuordnung zu den verschiedenen Anrechnungskategorien verändert und die Möglichkeit geschaffen, auch Anleihen mit einer Laufzeit von unter zwölf Monaten in Anrechnung zu bringen. Beide Kennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die sich mit Basel III ändernden Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Vorgesehen ist ferner die aufsichtsrechtliche Einführung einer Höchstverschuldungsquote („Leverage Ratio“) im Sinne eines Mindestverhältnisses des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Positionen. Im Januar 2014 hat der Baseler Ausschuss Änderungen am Regelwerk vorgenommen, wonach bestimmte außerbilanzielle Geschäfte, zum Beispiel Handelsfinanzierungen nur noch zum Teil berücksichtigt werden müssen und im Derivategeschäft bestimmte Verrechnungen („Netting“) zugelassen werden. Frühestens 2018 soll die Leverage Ratio verbindlich gelten und vorerst als zusätzliches, nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde anzuwendendes Entscheidungsmerkmal eingeführt werden. Negative Auswirkungen dieses Instruments auf das mittel- und langfristige Kreditgeschäft sind nicht auszuschließen. Die Bank wird sich im Rahmen der weiteren Optimierung ihrer Geschäftsportfolios und ihrer Margenanforderungen frühzeitig auf die entsprechenden Marktveränderungen einstellen.

■ Europäische Bankenaufsicht

Im November 2013 ist der Single Supervisory Mechanism (SSM) zur Errichtung einer Europäischen Bankaufsichtsbehörde in Kraft getreten. Danach wird die Europäische Zentralbank (EZB) die Aufsicht über die 128 größten Banken der Eurozone übernehmen. Betroffen sind Banken mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd. € oder solche, deren Bilanzsumme 20 % des Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Landes übersteigt. Der Helaba-Konzern gehört aufgrund seiner Größe zu den von der EZB beaufsichtigten Instituten. Das neue Aufsichtsregime soll im vierten Quartal 2014 greifen.

Aktuell führt die EZB einen dreistufigen Überprüfungsprozess (Comprehensive Assessment) der zukünftig von ihr beaufsichtigten Banken durch. Der erste Schritt war eine Risikoanalyse. Darauf aufbauend folgt als zweiter Schritt die Bilanzprüfung ausgewählter Portfolios, die institutsspezifisch von der EZB festgelegt wurden. Nach Vorliegen der Ergebnisse der zweiten Stufe wird als drittes Element ein Stresstest angeschlossen, dessen Ergebnisse im Herbst 2014 vorliegen sollen.

■ Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten

Im Juni 2013 wurde das Gesetz zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen verabschiedet („Trennbankengesetz“). Das Gesetz besteht aus vier Artikeln. Artikel 1 behandelt die Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten. Danach sollen Kreditinstitute, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als potenziell systemgefährdend eingestuft werden, einen Sanierungsplan erstellen, der Maßnahmen festlegt, die das Kreditinstitut ergreifen kann, um im Falle einer signifikanten Verschlechterung seiner Finanzlage seine finanzielle Stabilität wiederherzustellen. Ergänzt wird das Gesetz durch die im Entwurf vorliegenden Mindestanforderungen an die Erstellung von Sanierungsplänen (MaSan). Die BaFin hat die Helaba bereits im November 2012 aufgefordert, bis zum Ende des Jahres 2013 einen Sanierungsplan zu erstellen. Der im Laufe des Jahres 2013 erarbeitete Sanierungsplan wurde im November 2013 bei der BaFin eingereicht.

In den USA hat die Helaba im Jahr 2013 einen Abwicklungsplan gemäß § 165 (d) Dodd Frank Act erstellt.

Auf europäischer Ebene hat die EU-Kommission bereits im Jahr 2012 in der Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD) ihre Pläne zur Sanierung und Abwicklung von Banken veröffentlicht. Die BRRD befindet sich aktuell in der Trilogabstimmung zwischen Europäischem Parlament, Europäischem Rat und EU-Kommission, die bis März 2014 abgeschlossen sein soll. Zur Umsetzung der BRRD bedarf es nationaler Umsetzungsgesetze. Im Juli 2013 hat die EU-Kommission einen Ver-

ordnungsvorschlag für einen EU-weit einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) vorgelegt, wonach eine zentrale EU-Abwicklungsbehörde und ein einheitlicher Abwicklungsfonds eingeführt werden sollen. Bei Inkrafttreten erhält die Verordnung unmittelbare Wirkung in den EU-Ländern. Auch der SRM-Verordnungsentwurf wird im ersten Quartal 2014 Gegenstand der Trilogverhandlungen von EU-Kommission, Europäischem Rat und Europäischem Parlament sein.

■ Abschirmung von Risiken: Trennbankensystem

Im Artikel 2 des Trennbankengesetzes werden deutschen Banken bestimmte Geschäfte, insbesondere Eigengeschäfte sowie Kredit- und Garantiegeschäfte mit Hedgefonds, verboten, soweit dabei bestimmte Schwellenwerte überschritten werden. Diese Geschäfte dürfen nur noch nach Überführung in rechtlich eigenständige Gesellschaften betrieben werden. Die Helaba überschreitet diese Schwellenwerte. Allerdings geht die Helaba davon aus, dass die Geschäfte, die die Bank betreibt, nicht als verboten einzustufen sind.

Die EU-Kommission hat Ende Januar 2014 den Entwurf einer EU-Trennbankenverordnung vorgelegt, der Gegenstand weiterer Verhandlungen auf EU-Ebene im laufenden Jahr sein wird. Es ist davon auszugehen, dass sich im Zuge dieser Verhandlungen noch Änderungen gegenüber der jetzt vorliegenden Entwurfsfassung ergeben werden.

■ Sicherungseinrichtungen

Bei der seit Mitte 2010 auf EU-Ebene geführten Diskussion zur Einführung von europaweit einheitlichen Einlagensicherungssystemen zum Schutz von Kundeneinlagen konnten im Dezember 2013 die Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Europäischem Rat und EU-Kommission abgeschlossen werden, wobei die formelle Zustimmung durch Ministerrat und Europäisches Parlament noch aussteht. Demnach soll das Zielvolumen der Einlagensicherungssysteme EU-weit einheitlich 0,8 % der abgesicherten Einlagen betragen. Institutssichernde Systeme, wie zum Beispiel der bestehende Haftungsverbund in der deutschen Sparkassen- und Landesbankenorganisation, können auch in Zukunft als vollwertige Alternative zur Einlagensicherung fortbestehen. Das Dotierungsvolumen der Sicherungsreserve ist entsprechend den neuen Vorgaben anzupassen.

■ Bankenabgabe in Deutschland

Seit 2011 ist die deutsche Kreditwirtschaft zur Finanzierung eines Fonds zur Restrukturierung von Kreditinstituten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten („Bankenabgabe“) verpflichtet. Der von einem Kreditinstitut jährlich zu leistende Beitrag wird auf Grundlage dessen beitrags erheblicher Passiva (Abzugsposten sind unter anderem Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Eigenkapital) und dessen beitrags erheblicher Derivate ermittelt. Die Bankenabgabe belastet infolge ihrer Rentabilitätsauswirkungen die deutsche Kreditwirtschaft im Wettbewerb mit ausländischen Kreditinstituten, insbesondere in der EU. Die von der Helaba im Jahr 2013 geleistete Abgabebzahlung betrug 47 Mio. €.

■ Finanztransaktionssteuer in der EU

Am 14. Februar 2013 hat die EU-Kommission einen Richtlinienentwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Die Umsetzung soll im Rahmen der „verstärkten Zusammenarbeit“ innerhalb der teilnehmenden elf Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, erfolgen. Wesentliche Details und der genauere Zeitplan über die Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer sind jedoch noch offen.

- **European Market Infrastructure Regulation (EMIR)**

Im Juli 2012 wurde eine EU-Verordnung zur stärkeren Regulierung des Derivatemarkts erlassen (nachfolgend EMIR-Verordnung). Im Wesentlichen fordert die EMIR-Verordnung die Clearing-Pflicht für OTC-Derivate für finanzielle und nicht finanzielle Gegenparteien, die Meldung aller Derivatgeschäfte an ein Transaktionsregister sowie die Einführung von Risikominimierungsverfahren für nicht dem Clearing unterliegende Derivate. Bereits 2012 wurde ein Projekt zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen in der Helaba aufgesetzt. Darüber hinaus hat die Helaba sowohl im Clearing als auch bei der Transaktionsregistermeldung Prozesse zur Übernahme der Verpflichtungen für ihre Kunden etabliert.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2013 geprägt von dem mit 0,5 % nur geringen realen Wirtschaftswachstum in Deutschland, der weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase und der sich fortsetzenden Stabilisierung der Finanzmärkte in der Eurozone.

In diesem wirtschaftlichen Umfeld hat sich das operative Geschäft der Helaba weiter positiv entwickelt. Im Kreditgeschäft mit Kunden konnte das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr) um 15 % auf 16,3 Mrd. € (2012: 14,1 Mrd. €) gesteigert werden. Trotz des Anstiegs des Abschlussvolumens gelang es, die durchschnittliche Neugeschäftsmarge gegenüber dem Vorjahr weiter zu erhöhen. Durch das hohe Neugeschäftsvolumen konnten Fälligkeiten und Sondertilgungen vollständig kompensiert werden. Die Forderungen an Kunden betragen wie im Vorjahr 81 Mrd. €. Hinzu kommen 11 Mrd. € Forderungen an angeschlossene Sparkassen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Gesamtbilanz, konnte im Jahr 2013 auf 56,8 % (2012: 50,1 %) gesteigert werden. Ursächlich für die Erhöhung des Verzahnungsgrads war neben dem hohen Neugeschäftsvolumen auch der Rückgang der Bilanzsumme durch den konsequenten Abbau des nicht kundengetriebenen Geschäfts.

Aufgrund ihres hohen Markt-Standings konnte die Helaba zur fristenkongruenten Refinanzierung ihres Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei den mittel- und langfristigen Refinanzierungen sind die ungedeckten Bankschuldverschreibungen (3,9 Mrd. €) sowie die öffentlichen (2,5 Mrd. €) und die Hypothekendarlehen (0,8 Mrd. €) sowie Schuldscheine und andere Darlehen (1,8 Mrd. €) die wesentlichen Mittel. Hinzu kommen Nachrangmittel (0,8 Mrd. €) und zweckgebundene Mittel der Förderinstitute. Neben in- und ausländischen institutionellen Investoren bilden die bundesweiten Sparkassen und ihre Kunden einen wesentlichen Bestandteil der Investorenbasis der Helaba.

Seit Mitte 2012 ist die Helaba Verbundbank für 166 Sparkassen in vier Bundesländern und damit für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen in Hessen und Thüringen konnte auf sehr hohem Niveau im Jahr 2013 weiter gesteigert werden und liegt aktuell am oberen Ende des Zielkorridors. Die Erhebung einheitlich ermittelter Verbundquoten für alle Regionen, in denen die Helaba die Funktion der Sparkassenzentralbank innehat, wird mit der Errichtung einer gemeinsamen Clearing-Stelle angestrebt.

Aufgrund diverser Projektarbeiten und Reorganisationen änderten sich im abgelaufenen Jahr 2013 die Aufgabenschwerpunkte und Stellenanforderungen vieler Mitarbeiter. Durch ein strukturiertes Weiterbildungsmanagement wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf diese neuen Aufgaben vorbereitet.

Die Geschäfts- und die Risikostrategie definieren den Handlungsspielraum für die Beschäftigten. Im Jahr 2013 hat die Helaba das Vergütungssystem für außertariflich Beschäftigte weiter geschärft und verfeinerte Leitplanken für die Zuordnung von Budgets für die variable Vergütung festgelegt.

Zur Umsetzung der in der Geschäftsstrategie festgelegten Vorgabe zur Identifizierung von Umwelt- und sozialen Risiken hat die Helaba konzeptionelle Überlegungen zur organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung eines Regelprozesses zur angemessenen Berücksichtigung entsprechender Risiken bei der Kreditvergabeentscheidung angestellt.

Ihrer ebenfalls in der Geschäftsstrategie verankerten Verpflichtung zum Klimaschutz hat die Bank unter anderem durch Maßnahmen zur Emissionsverringerung ihrer Dienstfahrzeuge (Änderung der Dienstwagenverordnung, Anschaffung eines Elektrofahrzeugs) sowie durch weiterhin erfolgte Ermittlung ihrer Verbrauchs- und Emissionskennzahlen Rechnung getragen.

Auch im Geschäftsjahr 2013 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte sowie stiller Einlagen, die Dotierung einer Gewinnrücklage, und Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g Handelsgesetzbuch (HGB) sowie den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Mit einer Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2013 von 13,19 % und einer gesamten Eigenmittelquote von 18,05 % (jeweils gemäß SolvV) verfügt die Helaba über eine komfortable Eigenmittelausstattung.

Das Kosten-Ertrags-Verhältnis liegt zum Stichtag 31. Dezember 2013 bei 57,1 % und damit innerhalb des Zielkorridors (< 60 %). Die Eigenkapitalrentabilität reduzierte sich auf 7,9 % (2012: 11,2 %).

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentliche Daten zur Entwicklung 2013

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Geschäftsvolumen	183.210	205.588	-22.378	-10,9
Bilanzsumme	161.823	182.647	-20.824	-11,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	684	703	-19	-2,7
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-304	-279	-25	9,0
Jahresüberschuss	210	288	-78	-27,1

Die Bank berücksichtigt wie in den Vorjahren den Aufwand für die Bedienung ihrer stillen Einlagen in der Darstellung der Ertragslage nicht. Der Zinsüberschuss und damit auch das Betriebsergebnis sind in der Ertragslage daher um 65 Mio. € (2012: 65 Mio. €) höher ausgewiesen als in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Ertragslage

Im Jahr 2013 hat die übernommene NRW-Verbundbank erstmals für eine vollständige Jahresperiode zum Ergebnis beigetragen. Im Vorjahr war die Verbundbank nur für das zweite Halbjahr enthalten. Dieser Basiseffekt ist beim Vergleich fast aller Ergebnispositionen zu berücksichtigen.

Dem Anstieg des operativen Ergebnisses von 142 Mio. € stehen ebenfalls erhöhte Verwaltungsaufwendungen gegenüber. Im Saldo lag der Jahresüberschuss bei 210 Mio. €.

Ertragslage

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Zinsüberschuss	1.167	1.034	133	12,9
Provisionsüberschuss	154	129	25	19,4
Nettoertrag des Handelsbestands	303	326	-23	-7,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-28	-35	7	-20,0
Operatives Ergebnis	1.596	1.454	142	9,8
Verwaltungsaufwendungen	-912	-751	-161	21,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	684	703	-19	-2,7
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-304	-279	-25	9,0
Zuführung/Auflösung von Vorsorgereserven (§ 340f HGB)	-6	-5	-1	20,0
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	374	419	-45	-10,7
Außerordentliches Ergebnis	-13	-13	0	0,0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-101	-118	17	-14,4
Zuführung Fonds für allgemeine Bankenrisiken (§ 340g HGB)	-50	0	-50	
Jahresüberschuss	210	288	-78	-27,1

Der Zinsüberschuss als wesentliche Erfolgskomponente für die Helaba liegt bei 1.167 Mio. € nach 1.034 Mio. € im Vorjahr. Zu dem Anstieg haben sowohl höhere laufende Erträge aus dem Bilanzgeschäft und aus Derivaten beigetragen als auch gestiegene Erträge aus Vorfälligkeiten. Der Ergebnisbeitrag zum Zinsüberschuss aus Fonds- und Beteiligungsausschüttungen ist ebenfalls gestiegen, im Wesentlichen aufgrund eines Einmaleffekts im Jahr 2013 in Höhe von 30 Mio. €.

Der Provisionsüberschuss (154 Mio. €) liegt mit einem Anstieg von 25 Mio. € um 19,4 % über dem Niveau des Vorjahrs. Die Steigerung des Provisionsüberschusses geht vor allem auf das übernommene Verbundbankgeschäft zurück, das im abgelaufenen Geschäftsjahr erstmals für die volle Periode beigetragen hat. Dabei haben sich insbesondere die Provisionen aus dem Zahlungsverkehr und dem Kartengeschäft positiv entwickelt.

Im Nettoertrag des Handelsbestands werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisbeiträge der Handelsgeschäfte ausgewiesen. Der erneut starke Nettoertrag von 303 Mio. € resultiert weitestgehend aus dem Zinshandel. In dem Ergebnis enthalten ist der Aufwand für eine weitere Dotierung des Sonderpostens nach § 340e HGB um 34 Mio. € auf einen Gesamtbestand von 119 Mio. €.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen liegt bei –28 Mio. € (2012: –35 Mio. €). Während Erträge und Aufwendungen aus Gebäuden in der Berichtsperiode weitgehend konstant geblieben sind, haben sich die Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weiter erhöht.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um 161 Mio. € auf –912 Mio. € angestiegen. Sie setzen sich aus Personalaufwendungen in Höhe von –366 Mio. € (2012: –346 Mio. €), Sachaufwendungen in Höhe von –516 Mio. € (2012: –391 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter in Höhe von –30 Mio. € (2012: –14 Mio. €) zusammen. Der Anstieg der Personalaufwendungen entfällt einerseits auf die übergegangenen Verbundbankmitarbeiter, die im Vorjahr nur anteilig enthalten waren, der verbleibende Anstieg andererseits ist wesentlich auf eine Tarifanpassung im Jahr 2013 zurückzuführen. Zum Anstieg der Sachaufwendungen haben Beratungskosten im Zusammenhang mit dem Übernahme- und Integrationsprojekt sowie Umsetzungsprojekten aufsichtsrechtlicher Anforderungen beigetragen. Die Servicierungsgebühr für das noch auf der IT-Plattform der Portigon AG betriebene Verbundbank-Geschäft ist im Gesamtjahr 2013 um –38 Mio. € auf –69 Mio. € gestiegen. Die Bankenabgabe hat mit –47 Mio. € (nach –26 Mio. € im Jahr 2012) belastet. Die Aufwendungen für Verbandsumlagen und Reservefonds sind konstant geblieben. Am Jahresende waren 3.511 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2012: 3.495) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl erhöhte sich von 3.291 auf 3.511.

Das operative Ergebnis von 1.596 Mio. € und Verwaltungsaufwendungen von –912 Mio. € führen zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 684 Mio. €. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um –19 Mio. € oder –2,7%.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Ergebnis des Kreditgeschäfts	–321	–355	34	–9,6
Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts	–23	–80	57	–71,3
Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve, des Anlagevermögens und der Bankbuchderivate	40	156	–116	–74,4
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	–304	–279	–25	9,0

Der Aufwand für die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft ist im Jahr 2013 gesunken. Er beläuft sich im Saldo auf –321 Mio. € und liegt damit deutlich unter dem Vorjahreswert. Zu dem Rückgang haben geringere Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen (im Saldo –213 Mio. € nach –257 Mio. € im Jahr 2012) ebenso beigetragen wie geringere Aufwendungen für pauschalierte Risikovorsorgen (Länderwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen).

Das Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts liegt bei –23 Mio. € gegenüber –80 Mio. € im Vorjahr. Hierbei sind –10 Mio. € durch eine veräußerungsbedingte Teilwertabschreibung verursacht.

Das Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ist der Saldo aus Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, aus Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie handelsrechtlich nach § 253 Abs. 5 HGB gebotenen Zuschreibungen. Zusammen mit dem Einlösungsergebnis aus Wertpapieren des Anlagevermögens und dem Bewertungsergebnis aus Bankbuchderivaten resultiert ein Ergebnisbeitrag von 40 Mio. €. Der Rückgang um 116 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert von 156 Mio. € resultiert aus einem Basiseffekt im Vorjahr, bei dem erhebliche Spread-Einengungen während des Jahres 2012 zu dem vergleichsweise hohen Bewertungsergebnis geführt hatten.

Den Vorsorgereserven nach § 340f HGB wurden 6 Mio. € zugeführt, so dass sich das Betriebsergebnis nach Bewertung auf insgesamt 374 Mio. € beläuft (2012: 419 Mio. €). Aus der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) resultiert für das Jahr 2013 wie in den Vorjahren ein außerordentlicher Aufwand von 13 Mio. € aufgrund des über mehrere Perioden gestreckten Anteils für die Umstellung der Dotierung der Pensionsrückstellungen auf das durch das BilMoG vorgegebene Bemessungsverfahren.

Mit einem Steueraufwand von –101 Mio. € und einer Dotierung des Fonds für allgemeine Bankenrisiken nach § 340g HGB von 50 Mio. € ergibt sich ein Jahresüberschuss von 210 Mio. €, der neben einer Bedienung aller Nachrangmittel sowie der stillen Einlagen auch die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Entwicklung der Aktiva

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	24.360	34.088	–9.728	–28,5
Forderungen an Kunden	80.796	80.905	–109	–0,1
Schuldverschreibungen und Aktien	17.423	22.024	–4.601	–20,9
Handelsbestand (aktiv)	33.342	39.213	–5.871	–15,0
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	2.111	2.201	–90	–4,1
Übrige Aktivbestände	3.791	4.216	–425	–10,1
Bilanzsumme	161.823	182.647	–20.824	–11,4
Geschäftsvolumen	183.210	205.588	–22.378	–10,9

Die Bilanzsumme der Helaba ist im Geschäftsjahr 2013 von 182,6 Mrd. € auf 161,8 Mrd. € gesunken.

Die Forderungen an Kreditinstitute inklusive der Barreserve verringerten sich um 9,7 Mrd. € auf 24,4 Mrd. €. Der Rückgang ist vor allem auf den Abbau des hohen Liquiditätsüberschusses in der Barreserve (2013: 1,4 Mrd. €, 2012: 8,7 Mrd. €) zurückzuführen, die am Ende der vergangenen Berichtsperiode im Nachgang zu der Verbundbank-Transaktion stark angewachsen war. Die Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen und Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden, blieben nahezu unverändert.

Die Forderungen an Kunden sind im Saldo nahezu unverändert geblieben (2013: 80,8 Mrd. €, 2012: 80,9 Mrd. €). Während die Kommunaldarlehen um 2,3 Mrd. € sowie die Hypothekendarlehen um 0,4 Mrd. € gestiegen sind, gingen die anderen Forderungen um 2,6 Mrd. € zurück. Im Anstieg der Kommunaldarlehen spiegeln sich unter anderem die Auswirkungen im Rahmen des kommunalen Schutzschirm-Programms wider. Die Baudarlehen der Bausparkasse blieben nahezu konstant.

Das Volumen der Schuldverschreibungen und Aktien, die dem Anlage- und Liquiditätsbestand zugeordnet sind, hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um –4,6 Mrd. € auf 17,4 Mrd. € vermindert. Der Abbau ist im Wesentlichen durch Portfoliobereinigungen im Nachgang zu der Verbundbank-Transaktion bedingt. Den Schwerpunkt der Anlagen bilden mit 15,1 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (2012: 20,7 Mrd. €). Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden mit 2,4 Mrd. € (2012: 1,4 Mrd. €) ausgewiesen. Der Anstieg entfällt auf Erweiterungen der Eigenmittelanlage.

Der Handelsbestand (aktiv) ist in der Berichtsperiode um –5,9 Mrd. € auf 33,3 Mrd. € zurückgegangen. Die Derivate im Handelsbestand (aktiv) sind mit 8,5 Mrd. € ausgewiesen (2012: 12,9 Mrd. €). Der Rückgang ist bei leicht rückläufigem Nominalvolumen im Wesentlichen auf Bewertungseffekte zurückzuführen. Den Schwerpunkt der Handelsaktiva bilden mit 21,3 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (2012: 20,6 Mrd. €); Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind lediglich mit 0,2 Mrd. € (2012: 0,2 Mrd. €) enthalten. Forderungen des Handels liegen mit 3,3 Mrd. € unter dem Wert des Vorjahrs (5,4 Mrd. €).

Der Rückgang der Buchwerte der Beteiligungen und verbundenen Unternehmen ist im Wesentlichen auf eine Kapitalrückzahlung zurückzuführen.

Das Geschäftsvolumen, das zusätzlich zur Bilanzsumme das außerbilanzielle Geschäft umfasst, ging von 205,6 Mrd. € auf 183,2 Mrd. € zurück. Die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Garantien verminderten sich von 6,0 Mrd. € auf 5,4 Mrd. €. Hier sind mit 0,7 Mrd. € (2012: 0,9 Mrd. €) wie Garantien behandelte Credit Default Swaps, die nicht dem Handelsbestand zuzuordnen sind, enthalten.

Die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen verminderten sich um 0,9 Mrd. € auf 16,0 Mrd. €.

Entwicklung der Passiva

	2013	2012	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36.136	42.785	–6.649	–15,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27.749	30.844	–3.095	–10,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.618	58.520	–9.902	–16,9
Handelsbestand (passiv)	33.820	36.392	–2.572	–7,1
Eigene Mittel	11.117	10.204	913	8,9
Übrige Passivbestände	4.383	3.902	481	12,3
Bilanzsumme	161.823	182.647	–20.824	–11,4

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich gegenüber dem Vorjahr auf 36,1 Mrd. € (2012: 42,8 Mrd. €). Der Rückgang entfällt sowohl auf Verbindlichkeiten gegenüber Banken (-3,3 Mrd. €) als auch gegenüber angeschlossenen Sparkassen (-3,0 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gingen um 3,1 Mrd. € auf 27,7 Mrd. € zurück. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Bauspareinlagen in Höhe von 3,8 Mrd. € (2012: 3,6 Mrd. €) enthalten.

Die verbrieften Verbindlichkeiten reduzierten sich um 9,9 Mrd. € als Folge eines im Jahr 2013 verringerten Volumens an Neuemissionen. Auch diese Entwicklung stellt eine Normalisierung im Nachgang zu der Verbundbank-Transaktion dar. Der Bestand an begebenen Schuldverschreibungen betrug 47,2 Mrd. € (2012: 57,7 Mrd. €). Innerhalb der verbrieften Verbindlichkeiten beträgt die Position Andere verbrieftete Verbindlichkeiten, die überwiegend die Emissionsprogramme kurzfristiger Geldmarktpapiere enthält, 1,4 Mrd. € (2012: 0,8 Mrd. €).

Der Handelsbestand (passiv) ist um 2,6 Mrd. € auf 33,8 Mrd. € zurückgegangen. Die Verbindlichkeiten des Handels sind mit 24,2 Mrd. € ausgewiesen (2012: 22,5 Mrd. €), Derivate im Handelsbestand (passiv) mit 9,6 Mrd. € (2012: 13,9 Mrd. €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen im Handelsbestand sind auf 1,1 Mrd. € nach 1,9 Mrd. € im Vorjahr zurückgegangen.

Eigene Mittel

Die in der Bilanz ausgewiesenen eigenen Mittel (das heißt Eigenkapital ohne Bilanzgewinn einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten) der Bank betragen zum 31. Dezember 2013 11,1 Mrd. €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Emission von nachrangigen Verbindlichkeiten.

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2013 – das heißt vor Feststellung des Jahresabschlusses und somit vor Berücksichtigung von Zuführungen zu den Gewinnrücklagen und inklusive –303 Mio. € aus dem Vergleich der Expected Losses zu den Wertberichtigungen des Jahresendes 2012 – auf 9,4 Mrd. €. Darin enthalten ist Kernkapital für Solvenz-zwecke in Höhe von 6,9 Mrd. €. Die dem Kernkapital zuzurechnenden stillen Einlagen und Kapitaleinlagen betragen 2,9 Mrd. €.

Die Eigenkapitalanforderungen der Bank gemäß SolvV betragen zum 31. Dezember 2013 4,2 Mrd. €. Daraus ergibt sich für die Helaba eine Gesamtkennziffer von 18,1 %; die Kernkapitalquote für Solvenzzwecke beträgt 13,2 %.

Die nach der SolvV geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2013 jederzeit eingehalten.

Mit der Zuführung zu den Gewinnrücklagen hat die Helaba ihr bilanzielles Eigenkapital sowie ihre aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wie in den Vorjahren weiter gestärkt.

Ertragslage nach Geschäftsfeldern

Im Immobilienkreditgeschäft erhöhte sich das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 20 % auf 8,7 Mrd. €. Bei zufriedenstellenden Neugeschäftsmargen konnte die Zinsmarge im Bestand gegenüber dem Vorjahr leicht ausgeweitet werden. Bei

leicht gestiegenen Kundenforderungen konnten die Erträge insgesamt um rund 8 % gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet werden. Damit lag die Entwicklung im Immobilienkreditgeschäft 2013 leicht über den Erwartungen.

Im Bereich Corporate Finance lag das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Neugeschäft mit 4,3 Mrd. € um rund 6 % über dem Vorjahresniveau. Die Kundenforderungen entwickelten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag rückläufig. Der planmäßige Anstieg der Erträge um 7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist wesentlich auf die ganzjährige Einbeziehung der Forderungen gegenüber kommunalnahen Kunden und Firmenkunden aus der Übernahme der NRW-Verbundbank zurückzuführen, die im Vorjahr nur zeitanteilig enthalten waren.

Das inländische Kommunalkreditgeschäft verlief 2013 mit einem Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft in Höhe von 1,5 Mrd. € dynamisch. Mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wurden 2013 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse getätigt.

Im Kapitalmarktgeschäft wurden die Kundenerträge gegenüber dem Vorjahr um rund 25 % ausgebaut. Dazu trugen unter anderem die Primärmarktaktivitäten mit Firmenkunden und Kommunen bei. Auch 2013 trugen zusammenlaufende Spreads zum Ergebnis bei, so dass insgesamt die Erträge wieder das sehr hohe Vorjahresniveau erreichten.

Im Asset Management wurden bei leicht steigendem Geschäftsvolumen Erträge auf Vorjahresniveau erzielt.

Im Verbundgeschäft stiegen die Erträge gegenüber dem Vorjahr um rund 35 %. Im Vorjahr waren die Erträge aus der Übernahme von Geschäftsaktivitäten der NRW-Verbundbank nur zeitanteilig enthalten. Damit blieb die Ertragsentwicklung allerdings um rund 15 % hinter den Erwartungen zurück.

Das Neugeschäft der LBS entwickelte sich 2013 zufriedenstellend. Die Erträge blieben aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus in Verbindung mit einer geringen Nachfrage nach Finanzierungen leicht hinter den Erwartungen zurück.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Die Entwicklung im Jahr 2013 wurde neben der Abwicklung der verschiedenen Förderprogramme durch die planmäßige Abwicklung und Auszahlung des kommunalen Schutzschirms geprägt. Das Geschäftsvolumen stieg dadurch um rund 25 %. Die höhere Fördertätigkeit schlug sich in rund 10 % höheren Kosten nieder, deren Erstattung durch das Land Hessen entsprechend zu höheren Erträgen führte.

Im Cash Management schlugen sich 2013 ebenfalls die Effekte aus der Übernahme von Geschäftsaktivitäten der NRW-Verbundbank nieder. Die Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr durch die ganzjährige Einbeziehung um rund 55 %. Belastend wirkte sich das anhaltend niedrige Zinsniveau aus, so dass die Erträge insgesamt um rund 6 % unter der Planung lagen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahrs zum 31. Dezember 2013 nicht ergeben.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba sowie in den in das gruppenweite Risikomanagement eingebundenen Unternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns ist eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und bildet den Rahmen für die Risikostrategie.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Konzern-Unternehmen unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten in das Controllinginstrumentarium der einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit dafür, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des regulatorischen Kapitals erfolgt seit 2007 nach den Regelungen der SolvV. Ab 2014 wird die CRR für die regulatorische Kapitalunterlegung und Kapitalermittlung maßgeblich sein.

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängen von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung**Risikoarten**

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit der Helaba. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird regelmäßig (und gegebenenfalls anlassbezogen) überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage der Helaba-Gruppe wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das ökonomische Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern (klassisches Kreditgeschäft), Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter. Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Credit-Spread-Risiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko (Residualrisikoart) als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, zu ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Credit-Spread-Risiken und Preisveränderungen bonitätsbehaffeter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.

- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Operationelle Risiken umfassen auch Rechtsrisiken, die wie folgt definiert sind: Risiken von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie rechtlich nicht durchsetzbarer Ansprüche. Hierzu gehört auch das Risiko, aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte Verluste zu erleiden.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Unter dem Immobilienrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihrer Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Für Risikokonzentrationen aus Adressenausfallrisiken wird, zusätzlich zur Limitsteuerung, in der Risikotragfähigkeitsrechnung ein Kapitalpuffer bereitgehalten. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung des risikoartenübergreifenden Stress-Szenarios der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Diese umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Zielsetzung sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement.

Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken sowie für Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt zur Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine wirtschaftliche, juristische oder ökonomische Notwendigkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden ins residuale Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Werden die Risikopotenziale einer gruppenangehörigen Gesellschaft als wesentlich eingestuft, ist die gruppenangehörige Gesellschaft entsprechend klaren und verbindlichen Standards und Vorgaben in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und Risikosteuerung ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling verantwortlich:

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiken inklusive Beteiligungsrisiken	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Kreditrisikocontrolling (Portfolioebene), Credit Risk Management (Einzelengagementebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (residuales Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiken	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Liquiditätsrisiken	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Operationelle Risiken	Alle Bereiche	Kreditrisikocontrolling, Recht (rechtliche Risiken)
Geschäftsrisiken	Marktbereiche	Kreditrisikocontrolling, Risikocontrolling Handel
Immobilienrisiken	Immobilienmanagement, gruppenangehörige Unternehmen mit Immobilienrisiken	Kreditrisikocontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei.

Interne Revision

Die interne Revision prüft und beurteilt die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Prüfungstätigkeit der internen Revision erstreckt sich grundsätzlich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Um-

fang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung sind in Prüfungsdokumentationen festgehalten. Die zuständigen Vorstände sowie die Verantwortlichen für die geprüften Bereiche erhalten eine ausführliche Berichtsausfertigung. Sämtliche Vorstandsmitglieder werden grundsätzlich über das Gesamtergebnis einschließlich wesentlicher Feststellungen von Prüfungen durch einen Kurzbericht informiert. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat halbjährlich über wesentliche Feststellungen der internen Revision.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung sowie Datenschutz

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung und des Datenschutzes eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMAAnzV), auf Verlautbarungen der BaFin sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt interne Grundsätze, angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze hin und nimmt die Überwachungs-, Beratungs-, Koordinations-, Vorschlags- und Berichtsfunktion wahr.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. 2013 wurden wesentliche Weiterentwicklungen der Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba vorgenommen.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung von Kern- und Gesamtkapital Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Marktpreisrisiken das Ergebnis des regulatorischen Zinsschocks sowie für die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgröße ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch die Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95 %-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im unwahrscheinlichen Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken, dem Aufwand zur Bedienung der nicht gehärteten stillen Einlage sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Unternehmensbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen von Gesamt- und Kernkapitalquote. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollausslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine auf dem IFRS-Rechnungslegungswerk basierende ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen. Komponenten sind das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmassenkomponente angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2013 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert die konservative Risikoeinstellung der Helaba.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 3,2 Mrd. €. Im Liquidationsansatz besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 7,3 Mrd. € (2012: 6,8 Mrd. €).

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 beträgt die regulatorische Gesamtkapitalquote im Helaba-Konzern 17,4 % (2012: 15,9 %) und die Kernkapitalquote 12,8 % (2012: 11,2 %). Auch bei einem simulierten Eintritt der Stress-Szenarien liegen die von der Helaba erreichten Kapitalquoten deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen von diversen wirtschaftlichen Ereignissen untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Gesamtkapitalquote beziehungsweise zum vollständigen Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutsicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund zwischen der Sicherungsreserve, den regionalen Sparkassenstützungsfonds und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutsichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung

von besonderen Risikolagen und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige LBS, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Im Dezember 2013 haben sich Europäisches Parlament, Europäischer Rat und EU-Kommission auf die Inhalte der künftigen EU-Einlagensicherungsrichtlinie geeinigt. Die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen sowie die weiteren institutssichernden Einrichtungen des bundesweiten Haftungsverbands können, nach Durchführung erforderlicher Änderungen, auch unter der künftigen EU-Einlagensicherungsrichtlinie erhalten bleiben.

Darüber hinaus gehören satzungsrechtlich die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des SGVHT als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute (Helaba, Sparkassen) ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 % der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute und beträgt Ende 2013 insgesamt 514 Mio. €. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der SGVHT die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Im Zuge ihrer Mitte 2012 erfolgten Beteiligung am Stammkapital der Helaba (jeweils 4,75 %) haben auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) jeweils einen zusätzlichen regionalen Reservefonds einseitig für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kreditportfoliosteuerung sukzessive weiterentwickelt.

Basel II/Basel III

Die Regelung zur angemessenen Eigenkapitalausstattung (Säule 1 von Basel II/CRD der EU), mit der weitreichende Bankregulierungsvorschriften eingeführt und mit der Solvabilitätsverordnung (SolvV) in Deutschland umgesetzt wurden, läuft mit Ende des Jahres 2013 aus. Ab dem 1. Januar 2014 tritt die neue EU-Verordnung der CRR auf Basis von Basel III in Kraft. Die CRR regelt zukünftig die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und -unterlegung der Institute, die bislang durch die SolvV geregelt wurden. Mit der Einführung der CRR gehen ergänzende und verschärfte Regelungen bezüglich Eigenkapitalausstattung und -unterlegung einher.

Aktuell wendet die Helaba den Basisansatz für interne Ratings an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risikodatenpool sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel II/SolvV beziehungsweise künftig Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlimite auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlimite werden alle Arten von Krediten gemäß § 19 Abs. 1 Kreditwesengesetz (KWG), sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Separat zu bewilligende Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften werden unabhängig von ihrer Zuordnung zum Handels- oder Bankbuch in voller Höhe auf Limite für Settlement-Risiken angerechnet.

Die bewilligten Gesamtlimite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Unternehmensbereiche allokiert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

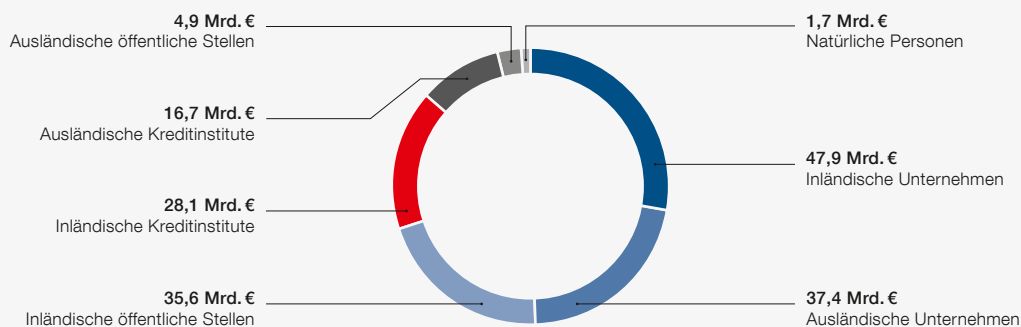
Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der Groß- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV) ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden unter sonstige wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken, zum Beispiel aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien, beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2013, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 172,3 Mrd. € (2012: 193,9 Mrd. €), aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt. Der Rückgang des Gesamtkreditvolumens im Jahr 2013 resultiert vorwiegend aus der Reduktion von Überschussliquidität der Bank.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (Helaba-Einzelinstitut)

(Grafik 1)



Entsprechend dem Geschäftsmodell liegt der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten der Helaba zum 31. Dezember 2013 in den Branchen Kreditgewerbe, öffentliche Stellen sowie Grundstücks- und Wohnungswesen.

Bonitäts-/Risikobeurteilung

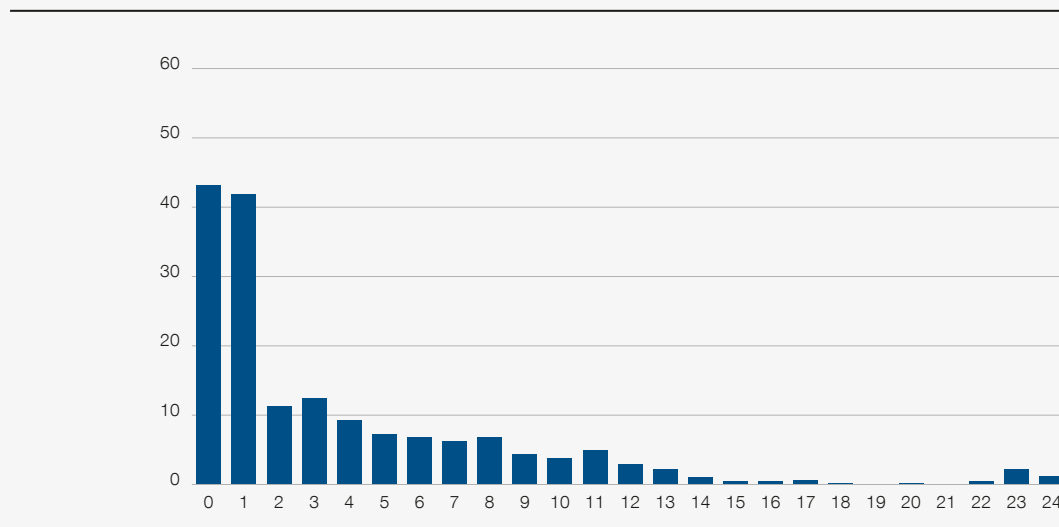
Die Bank verfügt über 15 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie drei selbstentwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default – PD) zu.

Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktionsspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäfts ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäfts (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Helaba hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehalts von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

In Grafik 2 ist das Gesamtkreditvolumen des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 172,3 Mrd. € nach dem Risiko-Rating aufgeteilt.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen
(Grafik 2)

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Addressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach Basel II/SolvV ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kreditsicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risikodatenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizil-

prinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Asset Services, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsguppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2013 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen, Kanada) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich von der vorstandsunmittelbaren Abteilung Volkswirtschaft überprüft (Erstvotum). Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf der Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Credit Risk Management das Zweitvotum als abschließenden Limitvorschlag für den VS-KA abgibt. Der VS-KA setzt – unter Berücksichtigung der Voten und der Risikogruppierung – Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandelsgeschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen des Helaba-Einzelinstituts an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 41,1 Mrd. € (2012: 42,5 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (83,0 %) und Nordamerika (14,3 %). Sie sind per 31. Dezember 2013 zu 91,6 % (2012: 92,8 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 6,8 % (2012: 5,7 %) werden in den Rating-Klassen 2–9 generiert. Lediglich 0,3 % (2012: 0,1 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Engagement in ausgewählten europäischen Staaten

Per 31. Dezember 2013 betrug das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in den GIIPS-Staaten 5,2 Mrd. € (2012: 6,7 Mrd. €). Dieses teilt sich wie folgt auf:

in Mio. €

	Land									
	Griechenland		Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13
Länder-Rating intern (LCR)	23	23	8	8	9	11	14	14	9	11
Länder-Rating extern (S&P/Moody's)	SD/ C	B-/ Caa3	BBB+/ Ba1	BBB/ Ba1	BBB+/ Baa2	BBB/ Baa2	BB/ Ba3	BB/ Ba3	BBB-/ Baa3	BBB-/ Baa3
Sektor										
Staat	0	0	38	0	266	260	25	3	1.207	1.060
Banken	3	3	48	15	1.297	872	20	22	1.016	762
Sonstige Finanzunternehmen	0	0	19	0	23	14	0	0	894	545
Corporates	0	177	216	275	332	213	31	34	1.434	1.256
Sonstige (inkl. nat. Personen)	0	0	7	4	44	34	7	4	135	111
Direktes Bruttoexposure	3	180	328	294	1.962	1.393	83	63	4.686	3.734
Abzgl. Sicherheiten	0	-177	-120	-121	-160	-71	17	0	-93	-67
Direktes Nettoexposure	3	3	208	173	1.802	1.322	100	63	4.593	3.667

Gegenüber Kreditnehmern in den Staaten Malta, Slowakei, Slowenien und Zypern betrug das Nettoexposure per 31. Dezember 2013 insgesamt 0,2 Mrd. €, davon Slowakei 0,1 Mrd. € (2012: 0,2 Mrd. €, davon Slowakei 0,1 Mrd. €).

Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrats beziehungsweise eines seiner Ausschüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend dem MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Markt-bereich sowie den zuständigen Credit-Risk-Management-Bereich.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Kreditnehmereinheit die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die Quantifizierung von erwarteten und unerwarteten Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risikodatenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des EL einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGDs). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß SolvV (künftig: CRR) vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine verfeinerte Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-Situationen aufzuzeigen.

Adressenausfallrisiken sind per 31. Dezember 2013 im Fortführungsansatz (HGB) der Risikotragfähigkeitsrechnung mit einem ökonomischen Risikopotenzial von 806 Mio. € quantifiziert (2012: 948 Mio. €). Der Rückgang im Jahr 2013 ist Folge methodischer Anpassungen sowie des Abbaus des Portfoliovolumens.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database, die als zentrale Datei für ausfallgefährdete Engagements dient.

Beteiligungsrisiken

Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach SolvV der Forderungskategorie Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Verwaltungsrat-Risiko- und -Kreditausschuss (bis 31. Dezember 2013: Verwaltungsrat-Kreditausschuss) berichtet.

Der Gesamtbuchwert des Beteiligungsportfolios ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Beteiligungsrisiken sind per 31. Dezember 2013 im Fortführungsansatz der Risikotragfähigkeitsrechnung mit einem ökonomischen Risikopotenzial von 31 Mio. € quantifiziert (2012: 34 Mio. €).

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für deren effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis einer Risikoinventur werden in Abhängigkeit der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG sowie die Tochtergesellschaft Helaba Asset Services. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den Rückflussbestand eigener Emissionen. Diese Zuständigkeiten gelten analog für die Mitte des Jahres 2012 übernommenen Geschäfte der früheren WestLB.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Dieser genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits allokiert der Risikoausschuss über den Dispositionsausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und des Konzerns sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling Handel. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Im Berichtsjahr wurde die Abbildung von Credit-Spread-Risiken weiter ausgebaut. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung von inkrementellen Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 3 enthält eine Stichtagsbetrachtung der im Rahmen der Geschäftstätigkeit eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresresulto 2013 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Hier wurde im Rahmen der kontinuierlichen Weiterentwicklung zum Jahresanfang 2013 die Anzahl der zur Bewertung eingesetzten rating- und sektorabhängigen Zinskurven erhöht. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 83 % (2012: 84 %) auf Positionen in Euro und 11 % (2012: 9 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte

Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken, Japanischen Yen und Britischen Pfund. Die Credit-Spread-Sensitivität im Handelsbuch beträgt 6 Mio. € (2012: 5 Mio. €), im Bankbuch 8 Mio. € (2012: 11 Mio. €). Das neu eingeführte Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 27 Mio. €. Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9%-Konfidenzniveau 171 Mio. € (2012: 247 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 350 Mio. € (2012: 286 Mio. €). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Modelländerungen aufgrund aufsichtsrechtlicher Anforderungen zurückzuführen.

Konzern-MaR nach Risikoarten

(Grafik 3)

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Gesamt	83	62	65	47	2	2	16	13
Handelsbuch	28	16	26	13	0	2	1	1
Bankbuch	66	50	48	36	2	0	15	14

Für restliche Positionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank aktuell noch von der Portigon AG serviciert werden, kommen bis voraussichtlich zweites Quartal 2014 die Risikomesssysteme der Portigon AG zum Einsatz. Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere ist insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen vorteilhaft. Nicht lineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Internes Modell gemäß SolvV

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß SolvV, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung innerhalb der linearen Risikomessung eingesetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 4 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Asset Services) für das Geschäftsjahr 2013 dargestellt. Im Gesamtjahr 2013 betrug das durchschnittliche MaR 33 Mio. € (2012: 17 Mio. €), der maximale Wert 44 Mio. € (2012: 22 Mio. €) und der minimale Wert 26 Mio. € (2012: 13 Mio. €). Der Risikoanstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Erweiterung des Zinskurvenspektrums (Einführung zusätzlicher rating- und sektorabhängiger Risikofaktoren) in der Risikobemessung zum Jahresanfang 2013 zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2013

(Grafik 4)



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Tochtergesellschaft Helaba Asset Services, die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung in den Standorten.

Grafik 5 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaft Helaba Asset Services).

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2013

(Grafik 5)

o MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zinsänderungsrisiko	29	15	28	18	36	13	27	13	30	15
Währungsrisiko	1	1	2	1	1	2	0	2	1	2
Aktienrisiko	2	1	2	1	1	1	1	2	2	1
Gesamtrisiko	32	16	32	19	38	16	28	16	33	17

Anzahl der Handelstage: 249 (2012: 250)

Für die Frankfurter Sparkasse ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt ein MaR von 0 Mio. € (2012: 0 Mio. €). Das durchschnittliche MaR des Handelsbuchs der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG beläuft sich auf 0 Mio. € (2012: 0 Mio. €).

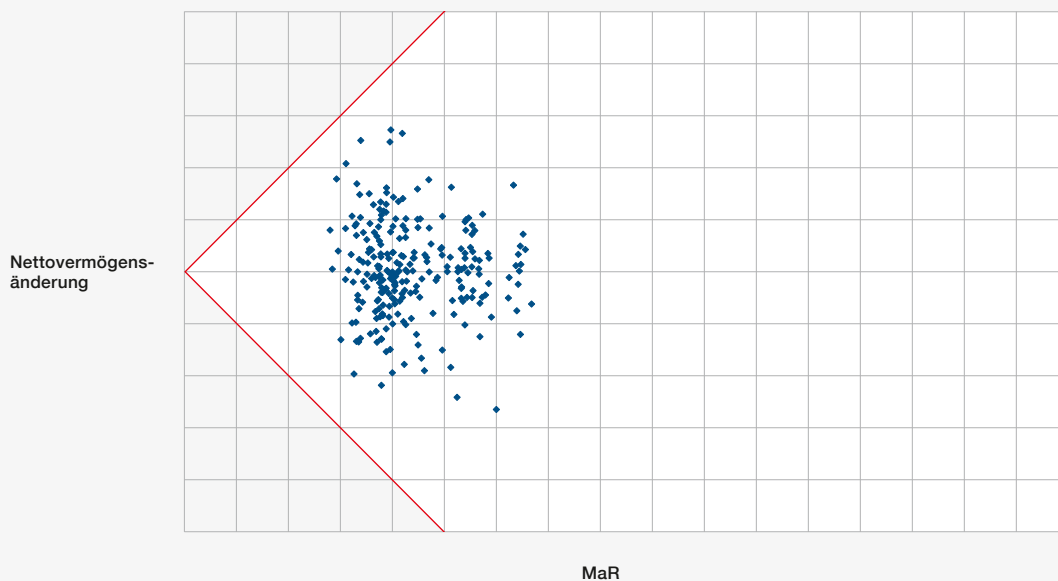
Backtesting

Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 6 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaft Helaba Asset Services) über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2013 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2012: keine negativen Ausreißer).

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2013

(Grafik 6)



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC^2 und ELLI besteht, traten im Jahr 2013 keine negativen Ausreißer auf (2012: keine negativen Ausreißer). Für das ebenfalls täglich durchgeführte Dirty Backtesting, bei dem der prognostizierte Risikobetrag der tatsächlichen Wertänderung gegenübergestellt wird, traten ebenso keine Ausreißer auf (2012: keine Ausreißer).

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Wie bereits in den Vorjahren beteiligte sich die Helaba an einer Erhebung der Deutschen Bundesbank zur Analyse von Auswirkungen extremer Marktwertänderungen auf das Handels- und Bankbuch. Diese Stresstests orientieren sich an den Szenarien des Financial Sector Assessment Program (FSAP) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikozahlen werden durch täglich erstellte Fristenablaufbilanzen ergänzt, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2013 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 252 Mio. € führen (2012: 96 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 233 Mio. € (2012: 79 Mio. €) und auf Fremdwährungen 19 Mio. € (2012: 17 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2013 jederzeit vollumfänglich gesichert.

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditätsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewandten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der LCR als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling Handel berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren, der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken im Collateral Management verwendet werden und damit belegt sind, werden dem liquiden Wertpapierbestand nicht zugerechnet. Maßgebliche Währungen im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität sind für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Seit Februar 2011 verfügt die Helaba über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Für Restpositionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank aktuell noch von der Portigon AG serviciert werden, kommt bis zum Übergang auf die IT-Systeme der Helaba das Standardverfahren der LiqV, ergänzt um zusätzliche Stresstests, zum Einsatz. Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität hat die Helaba im Geschäftsjahr 2013 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von 30 Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 30 % (2012: 41 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 37 % (2012: 50 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2013 bei 41 % (2012: 16 %). Die Liquiditätsrisikokennziffer des NRW-Verbundbank-Portfolios beträgt zum 31. Dezember 2013 3,56 (2012: 8,53).

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Fazilitäten bei der EZB.

Parallel zur internen Steuerung der Liquidität hat die Bank im Geschäftsjahr 2013 ein Projekt zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Basel III beziehungsweise CRR an die Liquidität durchgeführt. Die Ermittlung der Kennzahlen (LCR und NSFR) erfolgt im Rahmen des Liquiditätsmanagements.

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird seit dem Jahr 2002 mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet hat, als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,9 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Anstieg um 0,5 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr, der durch selektiv vergebene neue Liquiditätszusagen begründet ist. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2012) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba. Dieses umfasst im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsanlagebestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cashflow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung erfolgt durch den Bereich Risikocontrolling Handel. Zum Jahresende zeigt die Liquiditätsablaufbilanz über alle Währungen und Lokationen einen kumulierten Refinanzierungsbedarf von 0,9 Mrd. € bei einem Limit von 10 Mrd. € (2012: 2,6 Mrd. €). Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung von mittel- und langfristigen Passivmitteln sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Ergeben sich Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge werden diese temporär kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt.

Marktliquiditätsrisiko

Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Das skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2013 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Festlegung der Risikotoleranz

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit dem Baseler Ausschuss und den nationalen Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als die „Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den nationalen Anforderungen der Bankenaufsicht an die regulatorische Eigenkapitalunterlegung und auf den

MaRisk verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management von operationellen Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken auf Basis der Komponenten Schadensfälle und Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Kreditrisikocontrolling angesiedelt.

Zum Thema operationelle Risiken ist die Helaba in verschiedene Arbeitskreise des Bundesverbands öffentlicher Banken (VöB) eingebunden. Zielsetzung der Zusammenarbeit sind die Abstimmung in fachlichen Umsetzungsfragen und der Aufbau einer technischen Standardlösung. So wird das EDV-System zum Management operationeller Risiken regelmäßig mit Vertretern anderer Banken gemeinsam weiterentwickelt und um neue Funktionalitäten ergänzt. In einem weiteren Arbeitskreis wurde mit anderen Banken, im Wesentlichen Landesbanken, ein gemeinsames Datenkonsortium aufgebaut, über das seit 2006 Informationen über Schadensfälle aus operationellen Risiken ausgetauscht werden.

Instrumentarium

Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung und das Risikomanagement von operationellen Risiken an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung von operationellen Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch ist ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten möglich.

Die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken erfolgt auf Basis des Helaba-Risikomodells. Das Helaba-Risikomodell basiert ausschließlich auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

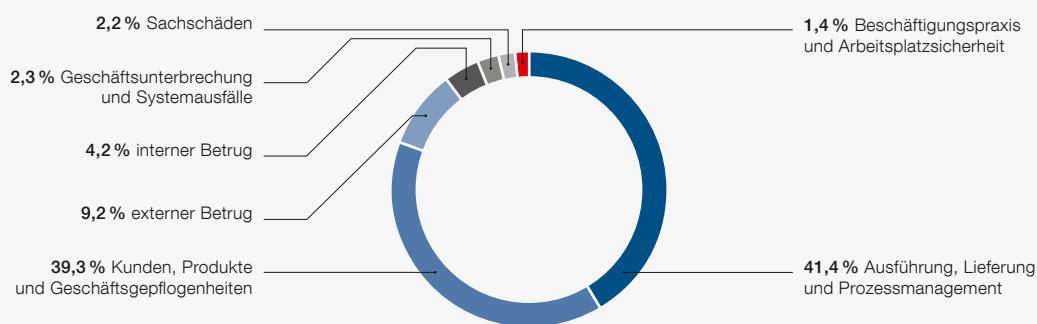
Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 7 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahres 2013:

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2013 nach Verlustereignissen
(Grafik 7)



Der erwartete Verlust betrug per 31. Dezember 2013 28 Mio. € (2012: 37 Mio. €). Risiken aus der Integration der NRW-Verbundbank sind darin enthalten.

Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt. Die Integration der Verbundbank wurde sowohl hinsichtlich der Risiken aus der Übernahme des Geschäfts als auch hinsichtlich der Migrations- und Servicierungsrisiken untersucht. Im Rahmen der Steuerung operationeller Risiken sind Risikoszenarien bezüglich der Migration, der Servicierung durch die Portigon AG, des Bestandsgeschäfts und der Übernahme neuer Produkte gebildet worden. Die quantifizierten Risiken sind in die Risikotragfähigkeit per 31. Dezember 2013 und die Risikoberichterstattung eingeflossen.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VöB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung operationeller Risiken auf Basis der quantitativen Risikoeinschätzung der Bereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird über die separate Modellierung von Eintrittshäufigkeit und Schadenshöhe eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen. Der unerwartete Verlust im Fortführungsansatz betrug per 31. Dezember 2013 138 Mio. € (2012: 137 Mio. €).

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach MaRisk vorgeschriebenen Organisationsrichtlinien. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

Recht

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls im Bereich Recht.

Im Rahmen seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Auslagerungen

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Risiken aus Auslagerungen die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und Berichterstattung an den zuständigen Dezenten verantwortlich. Der Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie hält als zentrale Stelle

ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

IT-Sicherheit und Business Continuity Management

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der IT-Sicherheit sind die Basis für ein aufsichtsrechtlich angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Um das Niveau der IT-Sicherheit kontinuierlich zu verbessern, werden durch ein IT-Security-Audit rechtliche und interne Anforderungen zur IT-Sicherheit regelmäßig an ausgewählten Auditobjekten sowie bei Auslagerungsunternehmen überwacht.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende IT-Sicherheitskonzepte und IT-Standards haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominderung definiert und umgesetzt werden. Diese Konzepte und Standards werden kontinuierlich weiterentwickelt. Damit sind die vier Säulen der IT-Sicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche und Niederlassungen der Helaba haben für die kritischen Geschäftsprozesse im Rahmen der Notfallvorsorge Ausfall- und Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Notfallvorsorge wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt sowie die Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Die Aufrechterhaltung des notwendigen und geordneten Geschäftsbetriebs bei Geschäftsunterbrechungen wird hierdurch sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister (Finanz Informatik und Finanz Informatik Technologie Service für Anwendungs- und Rechenzentrumsbetrieb sowie HP für Desktop Services) ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligte am Rechnungslegungsprozess der Helaba sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS sowie die WIBank. Eine zusätzliche Meldestelle besteht übergangsweise für die Bestände und den Buchungskreis des übernommenen Verbundbank-Portfolios. Diese wird durch einen externen Dienstleister serviciert. Die Bestände des Verbundbank-Portfolios werden sukzessive bis Mitte 2014 auf die Systeme der Helaba migriert.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Einzelabschluss nach HGB erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung von GoB/GoBS gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusssausagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Mit diesen werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder Konsistenzprüfungen HGB/IFRS durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Der Regelungsumfang von bereichsübergreifenden sowie bereichsspezifischen Arbeitsanweisungen umfasst neben den Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem

Detailierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahrs auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Geschäftsrisiken

Unter Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für verändertes Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.

Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäftsverhältnis oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden. Über das Geschäftsrisiko werden die notwendigen Kapitalbedarfe für die Risikotragfähigkeitsrechnung vorgehalten. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko berücksichtigt etwaige Liquiditätsengpässe aus Reputationsverlusten.

Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Die Bereiche Kreditrisikocontrolling sowie Risikocontrolling Handel analysieren die Entwicklung der Geschäftsrisiken und übernehmen die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands.

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 haben sich die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2012 um 48 Mio. € auf 143 Mio. € erhöht. Die Erhöhung resultiert aus Modellanpassungen und der Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen (38 Mio. €) sowie dem Aufsatz auf der operativen Planung 2013 (10 Mio. €).

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Soweit Steuern in dezentralen Einheiten betreut werden, finden die wesentlichen steuerlichen Fragen und Entwicklungen Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden durch die Verantwortlichen laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank

und Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit der Steuerabteilung eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Immobilienrisiken

Unter den Immobilienrisiken werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risiken aus Wertschwankungen des Marktwerts treten derzeit vorrangig bei den Bestandsimmobilien der GWH-Gruppe und den eigenen Immobilien der Helaba auf. Risiken aus dem Projektentwicklungsgeschäft ergeben sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken und treten vorrangig in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, im Rahmen des Bauträgergeschäfts) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf zwei Stufen:

- **operativ** – dezentral in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung
- **strategisch** – zentral durch die Aufsichtsgremien der Beteiligungsgesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement

Bei den direkt oder mittelbar gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement. Darüber hinaus übernimmt der Bereich Immobilienmanagement die Risikosteuerung bankeigener Bestandsimmobilien. Die Risikoüberwachung wird durch die Bereiche Immobilienmanagement (für Tochtergesellschaften) und Kreditrisikocontrolling vorgenommen.

Als wesentliches Risikocontrollinginstrument für die Steuerung der Projektierungsrisiken dient die quartalsweise erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Vermögensrisiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben. Als wesentliches Risikocontrollinginstrument für die Steuerung der Risiken aus Bestandsimmobilien dienen regelmäßig in Auftrag gegebene Wertgutachten zu den Bestandsimmobilien sowie die laufende Beobachtung von Wertänderungsrenditen in den relevanten Märkten, abgegrenzt nach Regionen und Nutzungsarten.

Der Bereich Kreditrisikocontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und aus den Bestandsimmobilien und übernimmt die vierteljährliche Risiko-berichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands. Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen Beteiligung dargestellt.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind 2013 leicht auf 19 Mio. € (2012: 23 Mio. €) zurückgegangen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesem Geschäft abgedeckt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden sowie Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Prognose- und Chancenbericht

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der weltwirtschaftliche Aufschwung wird sich 2014 fortsetzen. Dabei werden die maßgeblichen Impulse von den Industrieländern ausgehen. Schrittmacher bleibt die US-Wirtschaft, die spürbar an Fahrt aufnimmt. Für die Schwellenländer zeichnet sich zwar eine leichte Belebung ab, jedoch ohne größere Wirkung auf das globale Wachstum. Im Euroraum ist die konjunkturelle Wende endlich geschafft, doch mehr als eine moderate Besserung ist nicht zu erwarten. Das weltweite Wirtschaftswachstum kann sich damit 2014 insgesamt gegenüber dem Vorjahr um etwa einen halben Prozentpunkt auf preisbereinigt mehr als 3 % verstärken.

Innerhalb des Euroraums bleibt Deutschland vorn. Hier sind die Rahmenbedingungen derzeit so gut, dass 2014 ein Wirtschaftswachstum von real rund 2 % möglich ist. Dazu sollte insbesondere die Binnennachfrage beitragen: Die Investitionen gewinnen an Schwung und der Wohnungsbau profitiert von nach wie vor hohen Genehmigungszahlen. Einkommen sowie Beschäftigung werden sich weiter positiv entwickeln, so dass der Konsum einen wesentlichen Wachstumsbeitrag leisten kann. Der Außenhandel dürfte vom lebhafteren Welthandel profitieren. Nachdem das Budgetdefizit bereits 2013 abgebaut wurde, ist auch für 2014 mindestens mit einem ausgeglichenen öffentlichen Haushalt zu rechnen. Die europäischen Problemstaaten wie Italien und Spanien sollten erstmals nach einer langen Rezession für das Gesamtjahr ein positives Wirtschaftswachstum aufweisen. Frankreich dürfte 2014 im Vergleich zur Eurozone nur unterdurchschnittlich wachsen, da die Wettbewerbsfähigkeit des Lands immer noch schwach ist.

Das moderate Wachstum bei geringen Inflationsrisiken ermöglicht es den führenden Notenbanken, an ihrer expansiven Geldpolitik festzuhalten und nur sehr vorsichtig umzusteuern. Die US-Notenbank hat Anfang 2014 begonnen, die Anleihekäufe zurückzufahren, und wird diese bis Jahresende einstellen. Eine erste Leitzinserhöhung ist aber erst für 2015 zu erwarten. Im Euroraum hingegen wird die EZB den Leitzins fixieren und mit zusätzlichen Liquiditätsspritzen versuchen, die Kreditversorgung in der Peripherie anzukurbeln. Damit bleiben die langfristigen Zinsen in Deutschland zwar niedrig, unter dem Einfluss des US-Rentenmarkts dürfte es aber trotzdem bis Jahresende zu einem leichten Anstieg kommen.

Chancenbericht

Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank konnte deshalb in den letzten Jahren die Belastungen aus der Finanz- und Wirtschaftssowie der staatlichen Schuldenkrise in der Eurozone aus eigener Kraft bewältigen und ihre Marktposition in den Kerngeschäftsfeldern festigen. Auf der Grundlage der erzielten positiven Betriebsergebnisse wurden durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie regelmäßige Dividendenzahlungen vorgenommen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail- und öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung. Trotz der lang andauernden Niedrigzinsphase in Verbindung mit deutlich gestiegenen Bankstrukturkosten infolge national und international veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen konnte die Helaba ihr operatives Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr steigern. Aufgrund gesteigener Verwaltungsaufwendungen liegt der Jahresüberschuss jedoch unter dem Niveau des Vorjahrs.

Von den Rating-Agenturen Fitch, S&P und Moody's wird die Helaba bei langfristigen, unbesicherten erstrangigen Verbindlichkeiten mit „A+“, „A“ und „A2“, bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten mit „F-1+“, „A-1“ und „P-1“ eingestuft (jeweils mit stabilem Ausblick). Die Ratings von Fitch und S&P basieren auf einem gemeinsamen Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Die strategisch bedeutsamen Refinanzierungsinstrumente „öffentliche Pfandbriefe“ und „Hypothekendarlehen“ weisen „AAA“-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren und ihrer diversifizierten Produktpalette stand der Helaba auch in den letzten Jahren trotz krisenbedingter Belastungen an den Finanzmärkten der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen. Die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund stärkt die nachhaltige Refinanzierungsfähigkeit der Helaba an den Geld- und Kapitalmärkten weiter.

Im Zentrum der Eigenkapitalstrategie steht bei der Helaba infolge der mit Basel III beziehungsweise CRD IV/CRR quantitativ und qualitativ deutlich zunehmenden Kapitalanforderungen die Stärkung der Ausstattung mit hartem Kernkapital („CET 1“). Die Helaba erfüllt bereits heute die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen und ist insoweit gut aufgestellt, um sich bietende Geschäftschancen zu ergreifen.

Im deutschen Bankenmarkt führen bei wesentlichen Wettbewerbern die Anpassungsprozesse an EU-beihilferechtliche Auflagen und die sich ändernden regulatorischen Rahmenbedingungen zu einem Rückzug aus für die Helaba wesentlichen Geschäftsfeldern. Dies gilt insbesondere für das

Immobilienkredit- und Kommunalgeschäft, aber auch für das mittel- und langfristig angelegte Projektfinanzierungs- und Infrastrukturgeschäft. Hier sieht die Helaba unter Beibehaltung ihrer konservativen Risikostandards und in Anpassung an neue aufsichtsrechtliche Vorgaben grundsätzlich gute Chancen zur Stärkung ihres Geschäfts- und Ertragspotenzials.

Zugleich ermöglicht die Mitte 2012 vollzogene Übernahme des Verbundgeschäfts und des Zahlungsverkehrs der früheren WestLB eine deutliche Stärkung der Marktposition der Helaba in diesen Geschäftssegmenten. Im wachstumsstarken Geschäftsfeld Zahlungsverkehr ist die Helaba mittlerweile die Nummer zwei im deutschen Markt gemessen am abgewickelten Zahlungsverkehrsvolumen. Neben Skalenvorteilen auf der Kostenseite eröffnet diese Marktposition neue Ertragspotenziale bei Händlern und Netzbetreibern, aber auch internationalen Clearing-Häusern und Zahlungsdienstleistern. Infolge ihrer Trägerstruktur hat sich auch die institutionelle Verankerung der Bank in der deutschen Sparkassenorganisation weiter intensiviert. Dies ermöglicht es der Helaba, sich als eine der führenden Adressen in der Außenhandelsfinanzierung und im Auslandszahlungsverkehr in der Sparkassen-Finanzgruppe zu etablieren und das Geschäftsvolumen sowie die Erträge in diesem Segment zu steigern. Auch im Immobiliengeschäft, einem Kerngeschäftsfeld, in dem die Helaba entlang der gesamten Wertschöpfungskette hohe Expertise besitzt, ergeben sich weitere Chancen zur Steigerung der Zusammenarbeit mit den Sparkassen im gesamten Bundesgebiet.

Es ist davon auszugehen, dass sich in den nächsten Jahren der Konsolidierungsprozess im Landesbankensektor weiter fortsetzen wird. Die Helaba verfolgt strategisch das Ziel, ihre Stellung als führende Verbundbank der deutschen Sparkassen weiter auszubauen. Der durch den Wettbewerb im Retail Banking begründete und durch die Niedrigzinsphase verstärkte Rentabilitätsdruck wird zu einer weiteren Intensivierung der Arbeitsteilung im Verbund führen.

Die Helaba ist mit ihrem strategischen Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandgeschäfts, des Verbundgeschäfts und des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkunden-geschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba ist unter Berücksichtigung geänderter regulatorischer Rahmenbedingungen und merklich gestiegener Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswerts unter konservativer Berücksichtigung ihrer Risikotragfähigkeit.

In ihrer mittelfristigen Geschäfts- und Ertragsplanung strebt die Helaba deshalb zur Schärfung und Fokussierung ihres strategischen Geschäftsmodells und zur Stabilisierung der Ertragsentwicklung in den nächsten Jahren Portfolioanpassungen in ihren Kerngeschäftsfeldern an. Diese sind ausgerichtet an den folgenden Zielen:

- einer noch stärkeren Ausrichtung auf das Kunden- und Verbundgeschäft und damit auf die realwirtschaftliche Verankerung,
- einer starken regionalen Fokussierung auf Deutschland und angrenzende europäische Kernländer bei Aufrechterhaltung der Niederlassungen in London, New York und Paris zur Absicherung der Leistungstiefe für das Kunden- und Verbundgeschäft und zur Sicherung des Zugangs zu den Finanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund,

- einer umfassenden Prozess- und Ressourcenoptimierung zur Kompensation der unter anderem durch gestiegene Bankstrukturkosten erhöhten Kostenposition. Hierzu hat die Helaba im Jahr 2013 ein internes Projekt aufgesetzt.
- einem moderaten geschäftsbedingten Anstieg der Risikoaktiva, der jedoch teilweise durch das planmäßige Abschmelzen von übernommenen Aktiva der NRW-Verbundbank kompensiert wird, unter Einhaltung der in der Eigenkapitalstrategie formulierten Zielkapitalquoten.

Zielsetzung der fortgeschriebenen Rentabilitätsstrategie sind unter Berücksichtigung veränderter aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswerts unter Beachtung der risikostategischen Vorgaben und Vermeidung von Risiko- und Ertragskonzentrationen.

Voraussichtliche Entwicklung der Bank

Die globale Konjunktur gewann nach einer Schwächephase Anfang 2013 in den beiden letzten Quartalen wieder an Schwung. Die Entwicklung im Euroraum und auch in Deutschland verlief vergleichbar. Für 2014 wird im Euroraum und insbesondere in Deutschland mit einer Fortsetzung dieser Belebung gerechnet. Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für 2014 ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 % für Deutschland. Die volkswirtschaftlichen Analysen der Helaba gehen für 2014 ebenfalls von vergleichbaren Wachstumsraten für Deutschland (2,0 %) aus.

Unter diesen Rahmenbedingungen erwartet die Helaba auch 2014 aufgrund ihres bewährten und weiterentwickelten Geschäftsmodells eine Verstetigung der operativen Erträge auf dem Niveau der Vorjahre.

Im inländischen Immobilienkreditgeschäft erwartet die Helaba auch 2014 ein stabiles Marktumfeld begleitet von einem intensiven Wettbewerb. Im Ausland fokussiert sich die Helaba weiterhin auf liquide Märkte. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft wird 2014 mit 7,8 Mrd. € um rund 10 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Bei leicht rückläufigen, aber zufriedenstellenden Margen im Neugeschäft werden die Erträge aufgrund einer Bestandsausweitung leicht oberhalb des Niveaus des Vorjahrs erwartet.

Im Corporate Finance wird trotz der konjunkturellen Belebung für 2014 mit einer verhaltenen Kreditnachfrage gerechnet. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft wird 2014 daher mit 4,3 Mrd. € auf dem Niveau des Jahres 2013 geplant. Bei insgesamt leicht steigenden Beständen werden die Erträge leicht oberhalb des Vorjahrs geplant.

Das inländische Kommunalkreditgeschäft wird auch 2014 durch die Diskussion über die Verschuldung öffentlicher Haushalte geprägt. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft mit dieser Kundengruppe wird für 2014 mit 1,3 Mrd. € um rund 10 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Das Geschäft mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wird 2014 weiterhin nur selektiv betrieben.

Im Kapitalmarktgeschäft wird für 2014 die Ausweitung der Marktanteile in allen Kundengruppen angestrebt. Im Primärmarktgeschäft ist eine Größenordnung von 13 Mrd. € angestrebt. Die Erträge im Kundengeschäft sollen 2014 um rund 15 % gesteigert werden. Zu dem hohen Ergebnis im Jahr 2013 haben auch die Erträge aus sich einengenden Credit Spreads beigetragen. Eine nachhaltige

Fortsetzung dieser Spread-Entwicklung wird 2014 nicht erwartet. Demzufolge wird ein gegenüber dem Vorjahr deutlich niedrigeres, aber nachhaltig erzielbares Ergebnis im Kapitalmarktgeschäft erwartet.

Im Asset Management wird eine moderate Steigerung der Erträge über die Ausweitung des volumengetriebenen Fondsmanagement- und Dienstleistungsgeschäfts erwartet.

In der Sparte Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft wird im Geschäftsfeld Verbundgeschäft die Zusammenarbeit mit den Sparkassen in den Kerngeschäftsgebieten Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg kontinuierlich fortgesetzt. Während die Verbundzusammenarbeit mit den Sparkassen in Hessen und Thüringen sich traditionell bereits auf einem sehr hohem Niveau befindet, wird für Nordrhein-Westfalen nach Abschluss der Integrationsaktivitäten für 2014 mit einem weiteren Ausbau der Verbundbankaktivitäten und der Erträge gerechnet. Basis hierfür soll auch die für 2014 im Verbundgeschäft beabsichtigte weitere Stärkung der Vertriebs- und Marktinitiativen sein. Dabei ist unter anderem die Intensivierung des Angebots im Auslandsgeschäft für die Sparkassen vorgesehen. Im Metakreditgeschäft mit den Sparkassen soll das bilanzielle und außerbilanzielle Neugeschäft auf Basis der im Vorjahr neu gestalteten Prozesse im Jahr 2014 deutlich erhöht werden. Die Vertriebsaktivitäten im Verbundgeschäft erfolgen unter Einbindung der Tochtergesellschaften Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG.

Im Bereich Cash Management steht 2014 die verschobene SEPA-Umstellung im Fokus. Während die Umstellung der Formate in den Anwendungssystemen weit fortgeschritten ist, steht im weiteren Verlauf des Jahres die Begleitung der Umstellungsprojekte der Kunden im Mittelpunkt. Die Erträge im Cash Management werden sich 2014 insgesamt leicht erhöhen. Dabei werden die aufgrund des niedrigen Zinsniveaus geringeren Zinserträge durch höhere Provisionen kompensiert. Dem stehen leicht höhere IT-Projektkosten gegenüber.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft nimmt die Helaba über die WIBank im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. Die Entwicklung im Jahr 2014 wird geprägt durch die weitere Abwicklung und Auszahlung des kommunalen Schutzschirms sowie der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020. Für das Neugeschäft im Jahr 2014 gehen wir von einer Größenordnung von 1,7 Mrd. € an Krediten nach 3,3 Mrd. € im Jahr 2013 aus. Die Erträge werden 2014 durch das steigende Geschäftsvolumen um rund 10 % wachsen. Die Ausdehnung der Förderprogramme induziert insbesondere einen erhöhten IT-Aufwand. Dieser resultiert schwerpunktmäßig aus der Optimierung bestehender und der Implementierung neuer Prozesse. Von großer Bedeutung im Jahr 2014 ist die Produktivsetzung der optimierten Landwirtschaftsförderung und die aus der neuen EU-Förderperiode resultierenden Anpassungen in den Förderprogrammen, die die WIBank für das Land Hessen betreut.

Das gesamte Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft wird für 2014 mit 15,4 Mrd. € um rund 5 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Dies führt zu einem leichten Anstieg der Kundenforderungen und des Zinsüberschusses im Kreditgeschäft. Durch das niedrige Zinsniveau belasten geringe Zinserträge im Cash Management, der LBS und der Eigenmittelanlage, so dass das gesamte Zinsergebnis 2014 leicht unter dem Niveau von 2013 erwartet wird.

Der Provisionsüberschuss wird insbesondere aufgrund der Intensivierung des Kundengeschäfts gegenüber 2013 um rund 10 % höher geplant. Durch die im Jahr 2014 nicht mehr eingeplanten Ergebnisbeiträge aus zusammenlaufenden Spreads wird das Handelsergebnis gegenüber 2013 deutlich sinken. Im sonstigen betrieblichen Ergebnis schlagen sich auch 2014 Restrukturierungsaufwendungen aus dem laufenden Kostensenkungsprogramm „Helaba PRO“ nieder.

Das operative Ergebnis wird insbesondere durch das rückläufige Handelsergebnis leicht unterhalb des Niveaus von 2013 erwartet.

Im Personalbestand der Helaba wird für 2014 nur an wenigen Stellen Personalaufbau geplant. Durch die Umsetzung eines Effizienzsteigerungs- und Ressourcenoptimierungsprogramms werden im Personalbestand Transformationen stattfinden, die sich insgesamt in einem Rückgang des Personalbestands niederschlagen. Die Personalkosten entwickeln sich 2014 trotz tarifbedingter Steigerung leicht rückläufig.

Im Sachaufwand 2014 schlagen sich anhaltend hohe Bankstrukturkosten nieder. Dazu gehören Projektkosten zur Sicherstellung aufsichtsrechtlicher Anforderungen wie auch hohe Kosten für Bankenabgabe und Sicherungseinrichtungen.

Die planmäßig zur Jahresmitte 2014 abzuschließende Migration der Geschäftsbestände der NRW-Verbundbank wirkt durch die auslaufende Projektstätigkeit gegenüber 2013 entlastend. Ebenfalls entlastend wirken Umsetzungsmaßnahmen aus dem Effizienzsteigerungs- und Ressourcenoptimierungsprogramm. Insgesamt wird der Sachaufwand um rund 9 % unterhalb des Jahrs 2013 geplant.

Die Cost Income Ratio wird für 2014 bei 60 % erwartet.

Die Risikovorsorge 2013 wurde durch die Entwicklung in einigen Marktsegmenten beziehungsweise Einzelengagements geprägt (Schifffahrt, Immobilien). Für 2014 wird vor dem Hintergrund einer fortschreitenden konjunkturellen Erholung ein Rückgang des Risikovorsorgeaufwands um rund 30 % erwartet.

Insgesamt erwartet die Bank für das Jahr 2014 ein Ergebnis auf dem Niveau des Vorjahrs (unter Berücksichtigung der zur Substanzstärkung erfolgten Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB). Dabei wird ein rückläufiges Handelsergebnis von einer rückläufigen Risikovorsorge und einem niedrigeren Verwaltungsaufwand kompensiert.

Für 2015 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern mit einem systematischen Ausbau der Kundenerträge angestrebt. Durch die Umsetzung des Kostensenkungsprogramms steht dem eine nachhaltige Kostenreduktion gegenüber. Insgesamt plant die Helaba mit einem mittelfristigen Anstieg des Ergebnisniveaus.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank resultieren aus der anhaltend hohen Verschuldung nationaler und internationaler Gebietskörperschaften. Trotz einer insgesamt robusten konjunkturellen Entwicklung sind Negativentwicklungen in einzelnen Marktsegmenten nicht auszuschließen. Auf der Aufwandsseite stellt die Umsetzung des Kostenmanagements zur Beherrschung der hohen Bankstrukturkosten die größte Herausforderung dar.

Gesamtaussage

Im Geschäftsjahr 2013 konnte die Helaba ihr operatives Ergebnis um über 10 % steigern. Aufgrund deutlich höherer Verwaltungsaufwendungen und einem deutlich gesunkenem Ergebnisbeitrag der Wertpapiere im Bankbuch liegt das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge leicht unter Vorjahresniveau. Infolge der vorgenommenen Dotierungen der Sonderposten nach § 340e HGB, der §-340f-Vorsorgereserven sowie des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) liegt der Jahresüberschuss mit 210 Mio. € um 27 % unter dem Vorjahresniveau (2012: 288 Mio. €). Ursächlich für den Anstieg des operativen Ergebnisses sind höhere Kundenbeiträge bei anhaltend hohem Handelsergebnis. Die Entwicklung des Verwaltungsaufwands wird geprägt durch hohe Einmalaufwendungen im Zusammenhang mit der Integration der NRW-Verbundbank sowie zahlreichen regulatorischen Umsetzungsprojekten. Insgesamt zeichnete sich das Geschäftsjahr 2013 marktseitig durch einen weiteren Ausbau des Kundengeschäfts und der Festigung der Position als führende Verbundbank in der deutschen Sparkassenorganisation aus. Der Jahresabschluss 2013 steht unter dem Zeichen einer weiteren Substanzstärkung.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 25. Februar 2014

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Fenk	Groß
Dr. Hosemann	Krick	Dr. Schraad

Jahresabschluss der
Landesbank Hessen-Thüringen

Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

in Tsd. €

siehe Anhang Ziffer				2013	2012
Barreserve					
a) Kassenbestand			8.025		7.478
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			1.421.549		8.701.743
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	313.963			1.429.574	8.709.221 (8.233.337)
Forderungen an Kreditinstitute (2), (32), (43)					
a) Hypothekendarlehen			2.064		–
b) Kommunalkredite			13.610.117		14.838.979
c) andere Forderungen			9.318.727		10.540.510
darunter: täglich fällig	6.372.027			22.930.908	25.379.489 (5.835.913)
gegen Beleihung von Wertpapieren	–				
darunter: Baudarlehen der Bausparkasse: Bauspardarlehen	–				(1)
Forderungen an Kunden (3), (32), (43)					
a) Hypothekendarlehen			14.937.628		14.610.271
b) Kommunalkredite			25.416.404		23.139.727
c) andere Forderungen			39.569.921		42.236.463
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	–				
d) Baudarlehen der Bausparkasse					
da) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		368.671			460.734
db) zur Vor- und Zwischenfinanzierung		497.979			452.105
dc) sonstige		4.962			5.688
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	554.863		871.611		918.527 (603.724)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (4)					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				–
ab) von anderen Emittenten			–	–	–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				–
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		6.003.695			10.342.267
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	5.917.174				(10.237.082)
bb) von anderen Emittenten		9.067.971			10.308.863
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	8.474.170		15.071.666		20.651.130 (9.142.791)
c) eigene Schuldverschreibungen			–		–
				15.071.666	20.651.130
Nennbetrag	–				–
Übertrag:				120.227.712	135.644.828

Passivseite

in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer	2013	2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(15), (18), (43)		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		37.477	97.715
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		1.213.045	1.594.512
c) andere Verbindlichkeiten		34.862.157	41.068.865
darunter:			
täglich fällig	7.975.220		(8.053.995)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen			
an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	-		
öffentliche Namenspfandbriefe	-		
d) Bauspareinlagen		23.261	24.118
darunter:			
auf zugeteilte Verträge	5.070		42.785.210
			(4.969)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(19), (43)		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		2.127.400	2.474.427
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		5.476.522	6.044.857
c) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen			
ca) Bauspareinlagen		3.837.737	3.594.532
darunter:			
auf gekündigte Verträge	30.582		(38.272)
auf zugeteilte Verträge	76.735		(79.987)
cb) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		-	-
cc) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		0	0
		3.837.737	3.594.532
d) andere Verbindlichkeiten		16.307.207	18.730.640
darunter:			
täglich fällig	6.435.205		30.844.456
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen			(6.725.419)
an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	-		
öffentliche Namenspfandbriefe	-		
Verbriefte Verbindlichkeiten	(20), (31)		
a) begebene Schuldverschreibungen			
aa) Hypothekenpfandbriefe		3.389.409	3.130.157
ab) öffentliche Pfandbriefe		11.850.517	13.249.319
ac) sonstige Schuldverschreibungen		31.989.129	41.306.312
		47.229.056	57.685.788
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten		1.389.012	834.399
darunter:			
Geldmarktpapiere	1.389.012		48.618.068
			58.520.187
			(834.399)
Handelsbestand	(21), (34), (43)		
Übertrag:			33.819.529
			36.392.233
			146.322.403
			168.542.086

Aktivseite

in Tsd. €

siehe Anhang Ziffer			2013	2012
Übertrag:			120.227.712	135.644.828
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (5)			2.351.893	1.373.490
Handelsbestand (6), (14), (34), (43)			33.342.342	39.212.764
Beteiligungen (7), (17), (43)			237.878	246.782
darunter:				
an Kreditinstituten	55.019			(55.019)
an Finanzdienstleistungsinstituten	16.215			(16.363)
Anteile an verbundenen Unternehmen (8), (17), (43)			1.872.572	1.953.625
darunter:				
an Kreditinstituten	836.312			(959.952)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-			-
Treuhandvermögen (9)			884.795	901.654
darunter: Treuhandkredite	608.120			(617.386)
Immaterielle Anlagewerte (10), (17)				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-		
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		29.265		20.520
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-		14.317
d) geleistete Anzahlungen		171		
			29.436	34.837
Sachanlagen (11), (17)			60.073	52.427
Sonstige Vermögensgegenstände (12)			1.433.770	1.694.905
Rechnungsabgrenzungsposten (13)				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		1.353.726		1.489.156
b) andere		29.212		42.723
			1.382.938	1.531.880
Summe der Aktiva			161.823.409	182.647.192

Passivseite

in Tsd. €

siehe Anhang Ziffer				2013	2012
Übertrag:				146.322.403	168.542.086
Treuhandverbindlichkeiten (22)				884.795	901.654
darunter:					
Treuhandkredite	608.120				(617.386)
Sonstige Verbindlichkeiten (23)				671.602	749.387
Rechnungsabgrenzungsposten (24)					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			1.476.756		897.227
b) andere			154.887		114.792
				1.631.644	1.012.019
Rückstellungen (25)					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			693.690		637.573
b) Steuerrückstellungen			65.572		142.674
c) andere Rückstellungen			328.020		358.264
				1.087.282	1.138.511
Fonds zur baupartechnischen Absicherung				9.020	9.020
Nachrangige Verbindlichkeiten (26)				3.082.009	2.298.741
Genussrechtskapital (28)				708.804	708.804
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	30.804				(-)
Fonds für allgemeine Bankrisiken (28)				593.925	510.256
davon:					
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	119.000				(85.000)
Eigenkapital (28)					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital		588.889			588.889
ab) Kapitaleinlage		1.920.000			1.920.000
ac) Einlagen stiller Gesellschafter		1.053.337			1.053.337
			3.562.226		3.562.226
b) Kapitalrücklage			1.546.412		1.546.412
c) Gewinnrücklagen			1.623.287		1.578.076
d) Bilanzgewinn			100.000		90.000
				6.831.925	6.776.714
Summe der Passiva				161.823.409	182.647.192
Eventualverbindlichkeiten (29)					
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				5.382.105	6.033.982
Andere Verpflichtungen (30)					
a) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			1.909.621		2.072.154
b) unwiderrufliche Kreditzusagen			14.095.588		14.834.997
				16.005.209	16.907.151

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

in Tsd. €

siehe Anhang Ziffer			2013	2012
Zinserträge aus	(36)			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		3.229.521		3.499.465
darunter: Zinserträge der Bausparkasse				
aa) aus Bauspardarlehen	17.984			(23.235)
ab) aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	19.579			(20.246)
ac) aus sonstigen Baudarlehen	218			(241)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		253.729		317.343
			3.483.250	3.816.808
			2.569.341	3.012.818
Zinsaufwendungen				
darunter:				
für Bauspareinlagen	75.244			(71.535)
			913.909	803.990
Laufende Erträge aus	(36)			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			26.347	39.134
b) Beteiligungen			20.412	20.005
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			76.374	47.130
			123.133	106.269
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			64.810	58.757
Provisionserträge	(36), (37)		218.438	190.920
darunter: Provisionserträge der Bausparkasse				
a) aus Vertragsabschluss und -vermittlung	22.591			(25.147)
b) aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	1.714			(1.101)
c) aus der Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	2			(1)
Provisionsaufwendungen			63.810	61.844
darunter: für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	31.038			(33.891)
			154.628	129.076
Nettoertrag des Handelsbestands	(36)		303.035	325.645
Sonstige betriebliche Erträge	(36), (38)		92.051	59.067
Übertrag:			1.651.566	1.376.535

in Tsd. €

siehe Anhang Ziffer				2013	2012
Übertrag:				1.651.566	1.376.535
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		295.336			276.583
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		70.460			69.180
darunter:			365.796		345.763
für Altersversorgung	26.854				(30.419)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			515.487		391.154
				881.283	736.917
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				30.447	13.732
Sonstige betriebliche Aufwendungen (38)				119.012	92.708
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (39)				301.535	212.574
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	-
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				1.873	71.768
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren					-
Aufwendungen aus Verlustübernahme				6.851	1
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				50.000	-
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				260.565	355.104
Außerordentliche Erträge				-	-
Außerordentliche Aufwendungen			13.429		13.423
Außerordentliches Ergebnis (40)				13.429	13.423
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (41)			100.732		117.491
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen			1.210		1.065
				101.942	118.556
Jahresüberschuss				145.194	223.125
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				17	-
Einstellung in Gewinnrücklagen				45.211	133.125
Bilanzgewinn				100.000	90.000

Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, zum 31. Dezember 2013

Der Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Anstalt des öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main/Erfurt (Helaba), wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) aufgestellt.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorgaben der RechKredV gegliedert. Sie wurden um die für Pfandbriefbanken und für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt. Die im Anhang aufzunehmenden Angaben zum Bausparkassengeschäft sind in dem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) enthalten.

(1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 werden grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Jahresabschluss des Vorjahrs angewendet. Änderungen werden jeweils nachfolgend erläutert, sollten sich diese ergeben haben.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Außerhalb des Handelsbestands und außerhalb der Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit periodisiert aufgelöst. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten sowie auf abgezinster Basis erworbene Wertpapiere und Forderungen werden zum Barwert angesetzt.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Risiken Rechnung getragen. Für latente (Kredit-)Risiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB – Pauschalwertberichtigungen, länderrisikospezifische Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

Wertpapiere

Die in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Bestände sind – mit Ausnahme von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB sowie des Anlagebestands – nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sie sind folglich mit dem beizulegenden Wert anzusetzen, sofern dieser unterhalb der (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt. Der beizulegende Wert entspricht bei aktiven Märkten dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag. Bei der Analyse des Wertpapierbestands zum Bilanzierungsstichtag wurde ein weitestgehend aktiver Markt für alle Wertpapiere festgestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen wurden vorgenommen.

Der Anlagebestand umfasst die 2008 umgewidmeten Wertpapierbestände, einzelne Restanten aus dem Anlagebestand der Tochtergesellschaft Helaba Dublin, die 2010 von der Bank übernommen wurden, sowie Wertpapierbestände, die durch die Übernahme der Verbundbank der ehemaligen WestLB im vorangegangenen Geschäftsjahr übernommen wurden. Diese werden regelmäßig auf dauerhafte Wertminderung überprüft.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Sofern die Gründe für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwerts, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Handelsbestand

Handelsbestände werden in der Bilanz in den Posten Handelsaktiva und -passiva ausgewiesen. Die Bewertung der Handelsgeschäfte erfolgt einzelgeschäftszugeordnet. Finanzinstrumente des Handelsbestands werden gemäß § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags für Handelsaktiva und zuzüglich eines Risikoabschlags für Handelspassiva bewertet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme, als Basis für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts, werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie von den Entwicklungen der Credit Spreads beeinflusst. Die Ermittlung der Risikozu- und -abschläge erfolgt unter Beachtung der Vorgaben der Bankaufsicht nach den Vorschriften des Kreditwesengesetzes (KWG) für sämtliche Handelsbestände. Die Methodik zur Ermittlung des Risikoabschlags orientiert sich an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie an den Vorgaben des § 315 Solvabilitätsverordnung (SolvV). Der Risikoabschlag wird dabei in Form eines Money-at-Risk (MaR) mit einem Konfidenzniveau von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr errechnet. Die Risikozu- und -abschläge werden für jede Risikokategorie vorgenommen.

Fremde Bonitätsrisiken aus der Erfüllung von OTC-Derivaten werden durch einen kontrahentenbezogenen Bewertungsabschlag (Credit Valuation Adjustment – CVA) berücksichtigt. Das eigene Bonitätsrisiko findet durch die Bildung eines Debit Valuation Adjustments (DVA) Berücksichtigung. CVA und DVA werden an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Ausfallrisikos unter Berücksichtigung von gestellten beziehungsweise erhaltenen Sicherheiten und des Effekts von Nettingvereinbarungen ermittelt. Die Bank hat im Jahr 2013 die Methodik zur Ermittlung von bonitätsinduzierten Marktwertanpassungen für derivative Produkte weiterentwickelt. Zudem wurde im Jahr 2013 das eigene Kreditrisiko bei der Bewertung derivativer Produkte erstmals berücksichtigt (DVA). Insgesamt führten die Maßnahmen zu einem Umstellungseffekt von 25 Mio. €, der aufwandswirksam im Handelsergebnis erfasst wurde.

Wertänderungen, realisierte Gewinne und Verluste, Provisionen und laufende Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands sowie Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB wird zum Abschlussstichtag ein Betrag, der mindestens 10 % der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, dem gesonderten Bestand im Sonderposten für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Die Zuführung erfolgt, bis der entsprechende Bestand 50 % des Durchschnitts der letzten fünf vor dem Berechnungstag erzielten jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands erreicht oder eine Auflösung zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands vorgenommen wird. Die Zuführung erfolgt zulasten der Nettoerträge des Handelsbestands.

Um den aktuellen Marktentwicklungen Rechnung zu tragen, wurde die Diskontierung von OTC-Derivaten auf die Overnight-Index-Swap-Kurve (OIS) umgestellt. Für die unbesicherten Derivate wurden zudem die Finanzierungskosten (Funding) in der Bewertung berücksichtigt. Hinsichtlich der Finanzierungskosten wurde dabei die Bewertungsdifferenz zwischen einer Diskontierung auf Basis der 3er-Interbanken-Swap-Kurve und der jeweiligen OIS-Kurve angesetzt. Die Modellanpassung schlägt sich in einem Ergebniseffekt von – 39,1 Mio. € im Nettoergebnis des Handelsbestands nieder sowie in einer Reduzierung der Handelsaktiva in gleicher Höhe.

Anlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände

Gegenstände des Anlagevermögens und immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf niedrigere Zeitwerte ausgewiesen. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Auf die Aktivierung von selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenständen hat die Bank verzichtet. Der im Zusammenhang mit der von der WestLB übernommenen Verbundbank im Vorjahr bilanzierte Geschäfts- oder Firmenwert wurde im Berichtsjahr voll abgeschrieben.

Rückstellungen

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Erfüllungsbetrags der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen zu bilden. Mittel- und langfristige Rückstellungen (Restlaufzeit > ein Jahr) werden mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Bei der Ermittlung der Veränderung durch Aufzinsung wird unterstellt, dass eine Veränderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Effekte aus der Aufzinsung werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2013	31.12.2012
Zinssatz	4,90 %	5,06 %
Gehaltstrend	2,25 %	2,00 %
Rententrend	1,00–2,25 %	1,00–2,00 %
Fluktuationsrate	3,00 %	3,00 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögensgegenstände (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Verpflichtungsumfang ergibt sich durch Maximierung der garantierten Leistungszusage mit dem beizulegenden Wert der zugehörigen Wertpapiere zum Abschlussstichtag. Die Vermögensgegenstände und die korrespondierenden Pensionsverpflichtungen werden miteinander verrechnet.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Vorsorgeaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die sich aus der Annäherung an den Erfüllungszeitpunkt und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Ermittlung von Zeitwerten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle zu berücksichtigenden Daten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet. In den Fällen, bei denen nicht alle zu berücksichtigenden Parameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spread-Produkte,

bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden so genannte Arranger-Preise herangezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten, nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Parametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen.

Währungsumrechnung

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte erfolgt gemäß den Grundsätzen in den §§ 256a HGB und 340h HGB und werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei auf Fremdwährung lautenden Termingeschäften des Handelsbestands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen sowie eine Bewertung der Reststellen. Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung gemäß § 340h HGB an. Alle Währungsergebnisse werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Derivate

Derivate (Termin- und Optionsgeschäfte im Zins-, Aktien-, Währungs-, Kredit- und Rohwarenbereich sowie Swap-Vereinbarungen) werden bei Geschäftsabschluss dem Handels- oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet. Die Berücksichtigung derivativer Finanzinstrumente im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung erfolgt auf Basis der einschlägigen Stellungnahmen und Hinweise zur Rechnungslegung des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) und nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. Bei strukturierten Finanzinstrumenten, deren derivative Nebenabreden ein anderes Risikoprofil als das Grundgeschäft aufweisen, werden diese Derivate abgespalten, dem Handelsbestand zugeordnet und getrennt bewertet.

Derivate außerhalb des Handelsbestands und des in Bewertungseinheiten befindlichen Bestands werden zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch eingesetzt. Bei der Bewertung des Bankbuchs wird für das allgemeine Zinsrisiko nach den Grundsätzen des IDW BFA 3 eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen Aktiva und Passiva einschließlich der Zinsderivate durchgeführt. Dabei werden Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Verbindlichkeiten und Derivate des Bankbuchs nicht hinsichtlich Marktpreisrisiken einzeln imparitätlich bewertet, sondern in einem Refinanzierungsverbund gesehen. Die Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung aus dem Refinanzierungsverbund war – unter Anwendung einer periodischen (GuV-orientierten) Betrachtungsweise – im Berichtsjahr nicht gegeben.

Laufende Erträge aus Swap-Geschäften des Nichthandelsbestands werden zeitanteilig abgegrenzt und die Abgrenzung wird unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Bewertungseinheiten

Die Helaba hat im Bankbuch Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB gebildet, die sich aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und den zugehörigen, zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Zins-Swaps zusammensetzen („Asset Swaps“). Die Bewertungseinheiten bestehen aus Asset-Swap-Kombinationen in Form von Mikrobewertungseinheiten. Die Absicherung bezieht sich ausschließlich auf Zinsänderungsrisiken. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die Einfrierungsmethode angewendet. Die Grundgeschäfte werden stets zu 100 % des Nominalvolumens für die gesamte Restlaufzeit abgesichert. Die prospektive

Wirksamkeit der Bewertungseinheiten ist aufgrund der Übereinstimmung wesentlicher wertbestimmender Faktoren gegeben. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt überwiegend unter Verwendung der Regressionsanalyse, in Einzelfällen kommt die Critical-Term-Match-Methode zur Anwendung. Die gegenläufigen Wert- und Zahlungsstromänderungen haben sich am Bilanzstichtag weitestgehend ausgeglichen und werden sich voraussichtlich auch weiterhin ausgleichen. Bis zum vorgesehenen Ende der Bewertungseinheiten (Zeitpunkt der Fälligkeit von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument) werden sich die Wertänderungen aus den abgesicherten Risiken vollständig ausgleichen.

Latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus temporären Differenzen aus steuerlich nicht nachvollzogenen Risikovorsorgen, aus Beteiligungen an Spezialfonds sowie aus sonstigen Rückstellungen und Pensionsrückstellungen. Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden die unternehmensindividuellen Steuersätze herangezogen. Im Inland ergibt sich für die Bank bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 451 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,6 %. Latente Steuern in den ausländischen Berichtseinheiten werden mit den dort geltenden statuarischen Steuersätzen bewertet.

(2) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	11.106	11.430
Forderungen an verbundene Unternehmen	6.138	5.431
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4	4
Der Unterposten Andere Forderungen enthält:		
nachrangige Forderungen	50	45
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	1
Täglich fällig	6.372	5.836
Restlaufzeiten:		
bis drei Monate	8.835	9.075
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.034	2.199
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.995	5.891
mehr als fünf Jahre	1.695	2.379
Als Deckung verwendet	3.499	5.654

(3) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	1.208	2.742
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.051	1.017
nachrangige Forderungen	610	840
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20	24
Restlaufzeiten:		
bis drei Monate	6.114	5.268
mehr als drei Monate bis ein Jahr	10.319	9.482
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.749	36.739
mehr als fünf Jahre	26.291	26.819
mit unbestimmter Laufzeit	3.323	2.596
Als Deckung verwendet	19.551	28.921

(4) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Verbriefte Forderungen		
an verbundene Unternehmen	–	–
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	687	745
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind		
börsennotiert	14.794	20.244
nicht börsennotiert	334	438
Restlaufzeiten:		
im Folgejahr fällig werdende Beträge	3.381	5.835
Nachrangige Vermögensgegenstände	72	229
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften sind in Pension gegeben	–	4.000
Buchwert der Wertpapiere im Anlagebestand	299	1.369
Beizulegender Wert der Wertpapiere im Anlagebestand	292	1.347
Vorübergehende Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand	11	31

Die Bank schätzt die Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand als nicht dauerhaft ein und rechnet daher mit einer vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit.

(5) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind		
börsennotiert	0	0
nicht börsennotiert	43	48

Der Posten beinhaltet Anteile an acht ausschließlich von der Helaba gehaltenen Wertpapiersondervermögen (Mischfonds beziehungsweise reine Rentenfonds) mit einem Buchwert von insgesamt 2,3 Mrd. €. Im Rahmen der langfristigen Investitionsabsicht der Helaba investieren diese Sondervermögen überwiegend in zinstragende Wertpapiere. Weitere Anteile entfallen auf 18 % eines Publikumsfonds (Buchwert 14,9 Mio. €) mit einer weltweit und an Aktienmärkten orientierten Anlagestrategie. Zum Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung bei allen Anteilen zu einem eventuellen niedrigeren Marktwert. Es bestanden keine wesentlichen Kurswertreserven am Bilanzstichtag. Die Erträge aus erhaltenen Ausschüttungen im Jahr 2013 betragen insgesamt 26,0 Mio. €.

(6) Handelsbestand (aktiv)

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Derivative Finanzinstrumente	8.534	12.935
Forderungen	3.270	5.429
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21.347	20.606
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	191	243
Nachrangige Vermögensgegenstände	–	12
Sonstige Vermögensgegenstände	–	0

(7) Beteiligungen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Von den Wertpapieren sind		
börsenfähig	19	19
börsennotiert	–	–

(8) Anteile an verbundenen Unternehmen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Von den Wertpapieren sind		
börsenfähig	111	112
börsennotiert	-	-

(9) Treuhandvermögen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	89	62
Forderungen an Kunden	519	555
Beteiligungen	63	69
Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen	203	203
sonstige Vermögensgegenstände	11	13

(10) Immaterielle Anlagewerte

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Erworbene standardisierte Software	30	21
Geschäfts- oder Firmenwert	-	14

(11) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	17	15
Betriebs- und Geschäftsausstattung	37	30

(12) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Wesentliche Posten sind:		
Zinsforderungen aus Swap-Vereinbarungen	835	1.110
Sonstige	599	585

(13) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		
In diesem Posten sind enthalten:		
Agien aus Forderungen	394	15
Disagien aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	960	1.474

(14) Echte Pensionsgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In Pension gegebene Vermögensgegenstände des Handelsbestands	300	1
In Pension gegebene Vermögensgegenstände der Liquiditätsreserve	35	0

(15) Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Für nachfolgende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in angegebener Höhe übertragen:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.092 ¹⁾	5.910 ¹⁾
Handelsspassiva	4.322 ¹⁾	5.702 ¹⁾

¹⁾ Einschließlich 18 Mio. € (2012: 0 Mio. €) entliehener Wertpapiere, die an Kreditinstitute im Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften weiter übertragen wurden.

(16) Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
	23.175	24.587

(17) Anlagenspiegel

in Mio. €

Anlagevermögen	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Anschaffungs-/ Herstellungskosten 1.1.2013	107	137	1.369	299	2.021	3.933
Zugänge	18	17	–	10	31	76
Abgänge	–	5	1.070	21	99	1.195
Wechselkursveränderungen	–	–1	–	–2	–3	–6
Kumulierte Abschreibungen	95	88	–	48	78	309
Bilanzwert am 31.12.2013	30	60	299	238	1.872	2.499
Bilanzwert Vorjahr	35	53	1.369	247	1.953	3.657
Abschreibungen 2013	23	7	–	1	10	41

(18) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	10.070	13.135
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.280	5.898
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9	9
Täglich fällig	7.975	8.054
Restlaufzeiten:		
bis drei Monate	1.771	2.002
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.150	4.664
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	13.568	16.608
mehr als fünf Jahre	10.648	11.433

(19) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	889	666
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	36	58
Täglich fällig	6.435	6.725
Restlaufzeiten:		
bis drei Monate	1.266	2.337
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.034	1.788
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.678	4.994
mehr als fünf Jahre	10.497	11.403

(20) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	17
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Restlaufzeiten des Unterpostens Begebene Schuldverschreibungen:		
im Folgejahr fällig werdende Beträge	9.011	9.008
Restlaufzeiten des Unterpostens Andere verbrieft Verbindlichkeiten:		
bis drei Monate	1.124	678
mehr als drei Monate bis ein Jahr	265	156
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–
mehr als fünf Jahre	–	–

(21) Handelsbestand (passiv)

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Derivative Finanzinstrumente	9.570	13.881
Verbindlichkeiten	24.222	22.486
Risikoaufschlag	28	25

(22) Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	808	817
sonstige Verbindlichkeiten	74	79

(23) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Wesentliche Posten sind:		
Zinsverpflichtungen aus Swap-Vereinbarungen des Nichthandelsbestands	464	583
Zinsen für Genussrechte und stille Einlagen	101	101
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	9	2
erhaltene Optionsprämien des Nichthandelsbestands	6	6

(24) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		
Der Posten enthält im Wesentlichen:		
Disagien aus dem Darlehensgeschäft	627	875
Agien aus Verbindlichkeiten	850	23

(25) Rückstellungen

Aufgrund der Anwendung von Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB ergibt sich zum Bilanzstichtag eine Unterdeckung der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen in Höhe von 145 Mio. € (2012: 159 Mio. €).

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 24 Mio. € (2012: 23 Mio. €), der beizulegende Zeitwert beträgt 25 Mio. € (2012: 24 Mio. €). Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 29 Mio. € (2012: 29 Mio. €). In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Erträge aus diesen Vermögensgegenständen in Höhe von 1,5 Mio. € (2012: 1,1 Mio. €) mit Aufwendungen aus den korrespondierenden Schulden in Höhe von 1,4 Mio. € (2012: 1,5 Mio. €) verrechnet.

Die anderen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für dem Personalbereich zuzuordnende Sachverhalte sowie für Bonitäts- und Länderrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft gebildet. Weitere Rückstellungsbeträge entfallen auf diverse der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten.

(26) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % der Gesamtposition übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währungsbetrag in Mio.	Währung	Aktueller Zinssatz in %	Fällig in	Vorzeitige Rückzahlungs- verpflichtung
650	EUR	5,50	2015	–

Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des KWG für die Anrechnung als haftendes Eigenkapital. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Im Ausweis sind anteilige Zinsen in Höhe von 19 Mio. € (2012: 9 Mio. €) enthalten. Für nachrangige Mittelaufnahmen betrug der Zinsaufwand im Geschäftsjahr 88 Mio. € (2012: 85 Mio. €).

(27) Von den Schulden lauten auf Fremdwährung

in Mio. €	
31.12.2013	31.12.2012
8.980	13.103

(28) Eigene Mittel

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Gezeichnetes Kapital	3.562	3.562
a) Stammkapital	589	589
b) Kapitaleinlage	1.920	1.920
c) Einlagen stiller Gesellschafter	1.053	1.053
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	1.623	1.578
Einschließlich des Genussrechtskapitals,	709	709
des Fonds für allgemeine Bankrisiken	594	510
sowie nachrangiger Verbindlichkeiten	3.082	2.299
beliefen sich die aus der Bilanz ersichtlichen haftenden Eigenmittel auf	11.117	10.204

Die Bestände der Gewinnrücklagen per 31. Dezember 2013 berücksichtigen eine Rücklagenzuführung in Höhe von 45 Mio. € aus dem Jahresüberschuss 2013.

Durch eine Zuführung von 50 Mio. € in den Fonds für allgemeine Bankrisiken wurden die eigenen Mittel zusätzlich gestärkt.

Der auf den Sonderposten nach § 340e HGB entfallende und damit einer faktischen Ausschüttungssperre unterliegende Anteil des Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt 119 Mio. €.

(29) Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Kreditbürgschaften	2.419	3.234
sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	2.963	2.800

Die Helaba schätzt das Risiko, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist, als gering ein. Avalkredite unterliegen dem Risikovorsorgeprozess der Bank. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, hat die Helaba entsprechende Rückstellungen gebildet.

(30) Andere Verpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
In diesem Posten sind enthalten:		
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	1.910	2.072
unwiderrufliche Kreditzusagen für Buchkredite	14.096	14.835

Aufgrund der durchgeführten Bonitätsanalysen geht die Helaba davon aus, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nachkommen und somit nicht mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, wurden Rückstellungen gebildet.

(31) Pfandbriefe und Deckungsrechnung

Gesamtübersicht gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG

in Mio. €

	Nennwert		Barwert	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Hypothekendarfandbriefe				
Deckungsmasse	9.179	8.726	9.730	9.316
Pfandbriefumlauf	5.493	5.624	5.815	6.120
Überdeckung	3.686	3.102	3.915	3.196
Risikobarwert gemäß Barwertverordnung	-	-	3.809	3.072
Öffentliche Darfandbriefe				
Deckungsmasse	24.996	26.945	26.848	29.612
Pfandbriefumlauf	18.821	20.454	20.424	22.785
Überdeckung	6.175	6.490	6.424	6.827
Risikobarwert gemäß Barwertverordnung	-	-	6.094	6.584

Zum Geschäftsjahresende befindet sich ein Derivat in Deckung.

Der Risikobarwert gemäß Barwertverordnung gibt den barwertigen Deckungssaldo nach Stresstest an. Für die Simulation von Zinsrisiken wurde das interne Modell MaRC² herangezogen; die Simulation von Währungsrisiken erfolgte auf Basis des dynamischen Verfahrens.

Aufgliederung der Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen und Aufgliederung der Pfandbriefe nach Restlaufzeiten gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG

in Mio. €

	Deckungsmasse		Pfandbrief	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Zinsbindungsfristen/Restlaufzeiten				
Hypothekendarfandbriefe				
bis 1 Jahr	2.421	2.777	1.481	933
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	1.698	1.386	111	1.486
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.296	1.442	365	111
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.612	796	1.560	365
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	654	1.189	396	760
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	1.444	1.074	1.105	1.493
über 10 Jahre	54	63	475	476
Öffentliche Darfandbriefe				
bis 1 Jahr	4.057	4.589	1.853	4.065
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	5.353	3.606	2.373	1.864
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.621	5.179	4.127	2.373
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.960	2.437	1.982	4.068
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	2.233	1.755	2.075	1.817
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	5.784	6.387	3.770	3.729
über 10 Jahre	2.988	2.992	2.641	2.539

Weitere Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 DarfandBG

in Mio. €

	Weitere Deckung	
	31.12.2013	31.12.2012
Hypothekendarfandbriefe		
Deckungsmasse	9.179	8.726
davon: weitere Deckung	534	200
Öffentliche Darfandbriefe		
Deckungsmasse	24.996	26.945
davon: weitere Deckung	127	351

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Nutzungsart

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Gewerblich	7.001	6.962
Wohnwirtschaftlich	1.643	1.564
Weitere Deckung	534	200

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Nutzungsart und Land

Davon: Aufgliederung wohnwirtschaftlich genutzt:

Land	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Bauplätze/ Rohbauten		Summe	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Deutschland	53	62	68	78	1.522	1.424	0	0	1.643	1.564

Davon: Aufgliederung gewerblich genutzt:

Land	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige Gebäude		Bauplätze/ Rohbauten		Summe	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Deutschland	2.923	3.232	2.436	2.376	201	185	275	299	13	13	5.848	6.105
Frankreich	419	129	108	-	-	-	-	-	-	-	527	129
Luxemburg	73	73	-	-	-	-	-	-	-	-	73	73
Schweden	-	58	44	-	-	-	-	7	-	-	44	65
Niederlande	217	190	9	9	-	-	-	-	-	-	226	199
Polen	-	-	31	-	-	-	-	-	-	-	31	-
Großbritannien	69	18	-	182	-	-	-	-	-	-	69	200
USA	183	191	-	-	-	-	-	-	-	-	183	191
Gesamt	3.884	3.891	2.628	2.567	201	185	275	306	13	13	7.001	6.962

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Größenklassen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Bis 0,3 Mio. €	245	236
Bis 5 Mio. €	1.137	1.243
Größer 5 Mio. €	7.263	7.047
Weitere Deckung	534	200

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen betrug 0,0 Mio. € (2012: 0,1 Mio. €) und betraf inländische Schuldner. Im Geschäftsjahr traten weder Zwangsversteigerungs- noch Zwangsverwaltungsverfahren auf noch mussten Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen werden.

Zinsrückstände aus dem Hypothekengeschäft

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Gewerblich	0	0
Wohnwirtschaftlich	0	0
Gesamtbetrag	0	0

Aufgliederung der Deckungswerte für öffentliche Pfandbriefe nach Schuldner

Land	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute/Sonstige		Summe	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Deutschland	763	753	3.183	4.073	11.584	12.609	7.972	7.500	23.502	24.935
Frankreich inkl. Monaco	-	-	103	60	-	23	-	24	103	107
Großbritannien/ Nordirland	321	241	-	-	-	-	-	-	321	241
Luxemburg	8	-	-	-	-	-	-	-	8	-
Niederlande	-	-	-	-	-	10	-	-	-	10
Spanien	-	-	821	1.005	-	-	-	-	821	1.005
Österreich	-	1	-	50	-	23	-	165	-	239
Schweiz	-	-	-	366	-	41	241	-	241	407
Gesamt	1.092	995	4.107	5.554	11.584	12.706	8.213	7.689	24.996	26.944

Die mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beliefen sich bei den öffentlichen Pfandbriefen auf einen Gesamtbetrag von 0 Tsd. € (2012: 0 Tsd. €).

(32) Derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands

Die Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten werden getrennt nach Handels- und Nichthandelsbeständen vorgenommen.

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten des Nichthandelsbestands erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 19 HGB in Verbindung mit § 36 RechKredV. Derivative Finanzinstrumente im Nichthandelsbestand werden zur Absicherung beziehungsweise zur Steuerung von Risiken von Bankbuchgeschäften abgeschlossen (Aktiv-/Passivsteuerung).

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Nichthandelsbestands hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 % erhöht.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Darstellung der Volumina –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive	Negative
	31.12.2013	31.12.2012	Marktwerte 31.12.2013	Marktwerte 31.12.2013
Zinsrisiken				
Zins-Swaps	103.902	111.333	4.392	2.572
Forward Rate Agreements	-	-	-	-
Zinsoptionen	8.259	9.986	11	753
Käufe	358	1.103	11	0
Verkäufe	7.901	8.883	0	753
Caps, Floors	11.365	3.872	242	18
Börsenkontrakte	11.696	4.455	4	0
Sonstige Zinstermingeschäfte	-	-	-	-
Zinsrisiken – insgesamt –	135.222	129.646	4.649	3.343
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	2.915	6.691	7	9
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	12.563	11.022	206	158
Devisenoptionen	-	4	-	-
Käufe	-	3	-	-
Verkäufe	-	1	-	-
Währungsrisiken – insgesamt –	15.478	17.717	213	167
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktienoptionen	-	-	-	-
Käufe	-	-	-	-
Verkäufe	-	-	-	-
Börsenkontrakte	-	-	-	-
Aktien- und sonstige Preisrisiken – insgesamt –	-	-	-	-
Kreditderivate				
Käufe	246	118	0	1
Verkäufe	702	878	0	11
Kreditderivate – insgesamt –	948	996	0	12
Gesamtsumme	151.648	148.359	4.862	3.522

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 3,2 % des Nominalwerts (2012: 4,9 %). Die Marktwerte sind aufgrund des Absicherungscharakters der Geschäfte stets im Zusammenhang mit den zugrunde liegenden Geschäften zu sehen.

Den Marktwerten stehen zum Teil noch nicht vereinnahmte Prämien- und Sonderzahlungsflüsse sowie Zinsabgrenzungen aus Derivaten gegenüber, die in der Bilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen/Verbindlichkeiten sowie aktiven/passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen sind. Dabei beläuft sich der Betrag der insgesamt im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Aktiva auf 1.647 Mio. €, der im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Passiva auf 996 Mio. €.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Fristengliederung –

in Mio. €

Nominalwerte	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Kreditderivate		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Restlaufzeiten:								
bis drei Monate	12.027	11.943	3.347	6.932	–	57	–	–
bis ein Jahr	17.182	16.938	1.218	2.880	215	53	–	–
bis fünf Jahre	66.546	65.728	8.688	6.382	733	886	–	–
über fünf Jahre	39.467	35.037	2.225	1.523	–	–	–	–
Summe	135.222	129.646	15.478	17.717	948	996	–	–

Bei den Zinsgeschäften ist das Volumen in allen Laufzeitbereichen bedingt durch die Übernahme der Verbundbank der ehemaligen WestLB angestiegen. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 21,6 % (2012: 22,3 %). Die moderate Volumenerhöhung bei den währungsrisikobehafteten Geschäften betrifft den kurzfristigen Laufzeitbereich.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Kontrahentengliederung –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2013
Banken in der OECD	95.122	98.943	3.448	2.999
Banken außerhalb der OECD	17	19	0	3
Öffentliche Stellen in der OECD	31.578	36.944	1.253	395
Sonstige Kontrahenten	24.931	12.453	161	125
Summe	151.648	148.359	4.862	3.522

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte vorwiegend mit OECD-Banken ab.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 95,9%.

(33) Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 20 HGB in Verbindung mit § 36 RechKredV.

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Handels hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,1 % vermindert. Der Rückgang beruht größtenteils auf der Fälligkeit von börsengehandelten Zinstermin- und -optionskontrakten sowie Devisentermingeschäften. Das Volumen der aktienbezogenen Transaktionen hat sich durch die Übernahme des NRW-Verbundbank-Geschäfts weiter erhöht, das Volumen der Kreditderivate wurde leicht zurückgeführt.

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Darstellung der Volumina –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2013
Zinsrisiken				
Zins-Swaps	261.131	255.022	6.571	7.735
Forward Rate Agreements	27.107	12.875	4	2
Zinsoptionen	23.907	21.551	835	712
Käufe	12.000	10.836	832	4
Verkäufe	11.907	10.715	3	708
Caps, Floors	17.825	23.207	122	87
Börsenkontrakte	28.932	59.755	10	3
Sonstige Zinstermingeschäfte	282	5	14	0
Zinsrisiken – insgesamt –	359.184	372.415	7.556	8.539
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	21.943	30.029	327	442
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	10.716	10.843	458	417
Devisenoptionen	775	1.718	26	26
Käufe	385	853	26	0
Verkäufe	390	865	0	26
Währungsrisiken – insgesamt –	33.434	42.590	811	885
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktienoptionen	2.104	1.311	96	73
Käufe	1.220	969	96	0
Verkäufe	884	342	0	73
Börsenkontrakte	867	705	20	25
Aktien- und sonstige Preisrisiken – insgesamt –	2.971	2.016	116	98
Kreditderivate				
Käufe	2.575	2.699	2	39
Verkäufe	2.548	2.754	41	1
Kreditderivate – insgesamt –	5.123	5.453	43	40
Rohwarenrisiken				
Rohwaren-Swaps	233	137	6	6
Rohwarenoptionen	182	142	2	2
Rohwarenrisiken – insgesamt –	415	279	8	8
Gesamtsumme	401.127	422.753	8.534	9.570

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 2,1 % des Nominalwerts (2012: 3,1 %).

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Fristengliederung –

in Mio. €

Nominalwerte	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate		Rohwarenderivate	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Restlaufzeiten:										
bis drei Monate	60.562	77.733	11.935	18.330	422	242	200	718	53	75
bis ein Jahr	70.276	68.495	9.526	10.383	767	709	408	1.172	172	82
bis fünf Jahre	119.225	121.467	9.424	11.259	1.663	1.052	4.460	3.436	125	96
über fünf Jahre	109.121	104.720	2.549	2.618	119	13	55	127	65	26
Summe	359.184	372.415	33.434	42.590	2.971	2.016	5.123	5.453	415	279

Bei Zinsgeschäften ist das Volumen im kurzfristigen Laufzeitbereich durch Fälligkeiten zurückgegangen, im mittel- und langfristigen Laufzeitbereich moderat gestiegen. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 36,4 % (2012: 39,3 %). Bei den aktienbezogenen Geschäften wurde das Volumen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich erhöht.

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Kontrahentengliederung –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2013
Banken in der OECD	182.814	256.959	4.397	6.656
Banken außerhalb der OECD	–	–	–	–
Öffentliche Stellen in der OECD	38.579	40.840	1.718	1.667
Sonstige Kontrahenten	179.734	124.954	2.419	1.247
Summe	401.127	422.753	8.534	9.570

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie auf OTC-Transaktionen über zentrale Clearingstellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 70,0 %.

Der Anteil der Derivate des Handelsbestands am gesamten Derivatevolumen ist gegenüber dem Vorjahr mit 72,6 % leicht zurückgegangen (2012: 74,0 %).

Wie in den vergangenen Jahren bilden Zinskontrakte den Schwerpunkt der Handelstätigkeit. Hier entfallen 72,6 % des Gesamtbestands auf den Handelsbestand (2012: 74,2 %). Bei den Währungsrisiken betreffen 68,4 %, bei den Kreditderivaten 84,4 % der Kontrakte den Handelsbestand.

(34) Handelsprodukte

in Mio. €

	Aktiv		Passiv		Nettoertrag des Handelsbestands	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Derivative Finanzinstrumente						
Zinshandel	7.556	11.718	8.539	12.937	81	-276
Aktienhandel	116	209	98	86	18	-36
Devisenhandel	811	960	885	815	30	25
Kreditderivate	43	39	40	36	-6	27
Rohwaren	8	9	8	7	9	2
Forderungen/Verbindlichkeiten						
Schuldscheindarlehen	1.897	2.185	-	-	2	92
Tages- und Termingelder	779	2.296	20.905	17.488	-37	-191
Repos/Reverse Repos/Wertpapierleihe	396	752	254	1	0	0
begebene Geldmarktpapiere/ verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	2.764	4.600	-12	-38
Sonstiges	198	196	105	166	-4	-5
Schuldverschreibungen, unter anderem festverzinsliche Wertpapiere	21.347	20.606	222	256	294	775
Aktien, unter anderem nicht festverzinsliche Wertpapiere	191	243	-	-	-5	45
Sonstiges						
Provisionen					-33	-29
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB					-34	-65
Summe	33.342	39.213	33.820	36.392	303	326

(35) Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB

Per 31. Dezember 2013 beträgt der Buchwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Wertpapiere 7.193 Mio. €.

Für nicht vollständig ausgeglichene Bewertungseffekte aus dem abgesicherten Risiko wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, für bonitätsinduzierte Wertminderungen der Grundgeschäfte wird eine Abschreibung vorgenommen. Im Berichtsjahr wurden keine Abschreibungen vorgenommen, es erfolgten Zuschreibungen.

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Bonitätsinduzierte Abschreibungen auf Wertpapiere	15	85
Drohverlustrückstellung für nicht vollständig ausgeglichene zinsinduzierte Bewertungseffekte	-1	-5

(36) Gliederung nach geographischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Posten Zinserträge, Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Provisionserträge, Nettoertrag des Handelsbestands sowie Sonstige betriebliche Erträge verteilt sich auf die folgenden Märkte:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Inland	3.698	4.032
Europäische Union ohne Deutschland	360	255
Übriges Ausland	163	209

(37) Provisionserträge

Diese Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Bürgschaften und Garantien. Weitere Komponenten bilden Provisionserträge aus Dienstleistungen, die gegenüber Dritten für die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften und sonstigen Bankdienstleistungen erbracht wurden.

(38) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In der Position Sonstige betriebliche Erträge werden in der Bank im Berichtsjahr unter anderem Erträge aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 30 Mio. € (2012: 26 Mio. €), Erstattung von 24 Mio. € (2012: 0 Mio. €) sowie Kostenerstattungen aus Auftragsarbeiten für Dritte in Höhe von 13 Mio. € (2012: 14 Mio. €) ausgewiesen.

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 64 Mio. € (2012: 52 Mio. €). Die Aufwendungen für nicht eigengenutzte Gebäude belaufen sich im Berichtsjahr auf 10 Mio. € (2012: 7 Mio. €).

Der Posten enthält periodenfremde Erträge sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 42 Mio. € und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1 Mio. €.

(39) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft werden in dieser Position ausgewiesen. Beim Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft haben wir von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

(40) Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis resultiert ausschließlich aus Rückstellungszuführungen, analog dem Vorjahr, in Höhe von 13 Mio. €. Die Bank macht von dem Wahlrecht Gebrauch, im Jahr 2013 für die Rückstellung für laufende Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen 1/15 des Unterschiedsbetrags aus der geänderten Rückstellungsbewertung aufgrund der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) zuzuführen.

(41) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern entfallen im Wesentlichen auf die Besteuerung der in Deutschland sowie in den USA (Niederlassung New York) steuerpflichtigen Ergebnisse.

(42) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen der Bank auf das gezeichnete Kapital bei 19 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 37 Mio. €. Hiervon entfallen 8 Mio. € auf verbundene Unternehmen. Für drei Unternehmen besteht eine vertragliche Nachschusspflicht der Bank in Höhe von maximal 40 Mio. €.

Die Bank ist als unbeschränkt haftender Gesellschafter an der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, und der Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz, beteiligt.

Aus der Anwachsung der Tochterunternehmen hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen der Tochterunternehmen übernommen.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Diese Sicherungseinrichtung hat institutssichernde Wirkung, das heißt, sie ist darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen besteht eine Nachschussverpflichtung.

Des Weiteren ist die Helaba dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen (SGVHT) angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Helaba und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (anrechnungspflichtige Positionen gemäß der SolvV) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Bezüglich der Helaba Asset Services (vormals: Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International) sowie der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, trägt die Helaba dafür Sorge, dass die jeweilige Gesellschaft, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Zur Abwicklung von Clearing-Geschäften sowie für außerbilanzielle Ziehungsrisiken waren Wertpapiere im Wert von 3,7 Mrd. € hinterlegt. Der Kurswert der Papiere für das besicherte Geldhandelsgeschäft betrug 0,3 Mrd. €. Nach ausländischen Bestimmungen waren Wertpapiere mit einem Kurswert von umgerechnet 1,5 Mrd. € als Sicherheitsleistung gebunden.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH (beides verbundene Unternehmen) deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Weitere Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestehen insbesondere aus langfristigen Immobilienmiet- und Leasingverträgen bankbetrieblich genutzter Immobilien. Für die von der Helaba mit Vertrags- beziehungsweise Kündigungsfristen von 2,5 bis zu 13,5 Jahren genutzten Immobilien sind für 2014 Zahlungsverpflichtungen für Miet- und Leasingraten in Höhe von 44,4 Mio. € zu erwarten. Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen im geschäftsüblichen Rahmen zudem aus diversen Miet-, Nutzungs- und Serviceverträgen sowie aus Beratungsvereinbarungen.

Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in OPUSALPHA ein ABS-Portfolio (verbrieft Forderungen mit einem beizulegenden Zeitwert von 71 Mio. € (2012: 90 Mio. €), das nach IAS 27/SIC 12 im Konzernabschluss konsolidiert wird, weil die Chancen und Risiken mehrheitlich der Helaba zustehen. Die für OPUSALPHA bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 2,4 Mrd. € (2012: 1,9 Mrd. €), davon sind am 31. Dezember 2013 2,0 Mrd. € (31. Dezember 2012: 1,4 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Die Bank hat sich gegenüber mehreren Tochtergesellschaften mittels Freistellungserklärungen verpflichtet, diese aus Risiken aus bestimmten Rechtsgeschäften freizustellen.

Bei einem ausländischen Pensionsfonds für Pensionszusagen einer ausländischen Niederlassung besteht zum 31. Dezember 2013 nach lokalen Bewertungsmodalitäten eine Unterdeckung in Höhe von 7 Mio. €, die ab 2015 durch Einzahlungen in das korrespondierende Planvermögen zu begleichen ist. Dabei erfolgt ein regelmäßiger Abgleich zwischen den Planvermögenswerten nach Einzahlungen und den Auswirkungen aufgrund der Anpassung der lokalen Bewertungsparameter. Nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften beläuft sich der Verpflichtungsumfang der mittelbaren Pensionsverpflichtung (vor Berücksichtigung des bestehenden Planvermögens) auf 41 Mio. €.

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften

- im Währungsbereich (Devisentermin- und -optionsgeschäfte, Währungs- und Zins-Währungs-Swaps),
- im Zinsbereich (Termin- und Optionsgeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Forward Rate Agreements, Finanz-Swaps und Optionen darauf, Zins-Futures einschließlich Optionen auf diese Geschäfte sowie Zinsbegrenzungsvereinbarungen),
- im Bereich sonstiger Preisrisiken (Aktien- und Aktienindex-Terminkontrakte/-Optionen),
- im Bereich von Bonitätsrisiken (Kreditderivate),
- im Bereich von Rohwarenrisiken (Commodity Swaps und Optionen).

Unter Risikogesichtspunkten werden im Handelsbestand überwiegend geschlossene Positionen geführt, die sich aus verschiedenen Geschäftsarten zusammensetzen. Sofern derivative Instrumente im Nichthandelsbuch gehalten werden, dienen die Geschäfte im Wesentlichen der Absicherung von Marktrisiken auf der Zins- beziehungsweise Währungsseite.

(43) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Helaba werden Geschäfte mit nach § 285 Nr. 21 HGB als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Ergänzend zu dem nach § 285 Nr. 21 HGB geforderten Mindestumfang berichten wir umfassend über die Geschäftsbeziehungen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem SGVHT, dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschaftern sowie den Tochterunternehmen des SGVHT. Ebenso sind die Angaben zu den nach § 285 Nr. 21 HGB definierten Personen in Schlüsselpositionen der Helaba und des SGVHT einschließlich derer nahen Familienangehöriger sowie von diesen Personen beherrschter Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2013 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

	31.12.2013	31.12.2012
		in Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	2.081	2.668
verbundene Unternehmen	1.997	2.624
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	4	4
Gesellschafter der Helaba	80	40
sonstige nahestehende Personen		
Forderungen an Kunden	3.024	4.858
verbundene Unternehmen	1.176	2.727
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	619	673
Gesellschafter der Helaba	1.140	1.458
sonstige nahestehende Personen	89	232
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.545	1.818
verbundene Unternehmen	2.294	1.299
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	2	–
Gesellschafter der Helaba	249	519
sonstige nahestehende Personen	–	–
Handelsaktiva	977	814
verbundene Unternehmen	0	0
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	–	20
Gesellschafter der Helaba	977	794
sonstige nahestehende Personen		
Beteiligungen	31	38
verbundene Unternehmen	–	–
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	31	38
Gesellschafter der Helaba	–	–
sonstige nahestehende Personen	–	–
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.832	1.954
verbundene Unternehmen	1.832	1.954
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	–	–
Gesellschafter der Helaba	–	–
sonstige nahestehende Personen	–	–
Sonstige Aktivposten	2	2
verbundene Unternehmen	0	2
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	2	–
Gesellschafter der Helaba	–	–
sonstige nahestehende Personen	–	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.522	6.098
verbundene Unternehmen	4.278	5.899
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	0	0
Gesellschafter der Helaba	244	199
sonstige nahestehende Personen	–	

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.938	1.479
verbundene Unternehmen	917	674
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	287	50
Gesellschafter der Helaba	730	751
sonstige nahestehende Personen	4	4
Handelsspassiva	3	31
verbundene Unternehmen	0	6
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	3	6
Gesellschafter der Helaba	–	19
sonstige nahestehende Personen	–	–
Sonstige Passivposten	1	4
verbundene Unternehmen	1	4
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	–	–
Gesellschafter der Helaba	–	–
sonstige nahestehende Personen	–	–
Eventualverbindlichkeiten	383	193
verbundene Unternehmen	78	90
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	199	65
Gesellschafter der Helaba	37	38
sonstige nahestehende Personen	69	172

Auf Forderungen an Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 60 Mio. € (2012: 67 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0,1 Mio. € (2012: 0,1 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 1,5 Mio. € (2012: 1,7 Mio. €).

Die von der Bank gezahlten Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich auf 4,6 Mio. € (2012: 4,4 Mio. €). Dem Verwaltungsrat wurden 0,9 Mio. € (2012: 0,6 Mio. €) und den Beiräten wie im vorangegangenen Jahr 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus werden an die Mitglieder des Verwaltungsrats als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 2,6 Mio. € (2012: 2,0 Mio. €) gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 3,0 Mio. € (2012: 3,0 Mio. €) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis waren 47,7 Mio. € (2012: 43,9 Mio. €) zurückgestellt.

(44) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich	Männlich	Gesamt
Bank	1.164	1.636	2.800
Landesbausparkasse	167	128	295
WIBank – Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	241	175	416
Gesamtbank	1.572	1.939	3.511

(45) Organe der Bank

Verwaltungsrat

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium der
Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Martz

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Essen
Essen
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender –

Franz Josef Schumann

Präsident
Sparkassenverband Saar
Saarbrücken
– Fünfter stellvertretender
Vorsitzender –
– bis 31. Dezember 2013 –

Prof. Dr. h. c. Ludwig G. Braun

Vorsitzender des Aufsichtsrats
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Sparkasse
Kassel

Dirk Diedrichs

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Georg Fahrenschon

Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin

Peter Feldmann

Oberbürgermeister
Stadt Frankfurt am Main
Frankfurt am Main
– seit 13. März 2013 –

Robert Fischbach

Landrat
Kreis Marburg-Biedenkopf
Marburg

Volker Goldmann

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bochum
Bochum

Ulrich Heilmann

Vorsitzender des Vorstands
Kyffhäusersparkasse
Artern-Sondershausen
Sondershausen
– seit 13. März 2013 –

Bertram Hilgen

Oberbürgermeister
Stadt Kassel
Kassel
– seit 1. Juli 2013 –

Stefan Lauer

Idstein

Christoph Matschie

Minister
Thüringer Minister für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
Erfurt

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Stefan Reuß

Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim
Bensheim

Egon Vaupel

Oberbürgermeister
Stadt Marburg
Marburg
– bis 30. Juni 2013 –

Thomas Wagner

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Altenburger Land
Altenburg
– bis 28. Februar 2013 –

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saalfeld-
Rudolstadt
Saalfeld

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstands
Software AG
Darmstadt

Von der Belegschaft entsandt

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Frankfurt am Main

Brigitte Berle
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Isolde Burhenne
Stellvertretende
Abteilungsleiterin
Frankfurt am Main

Wilfried Carl
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Kassel
– bis 20. Februar 2013 –

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik
Bankprokuristin
Erfurt
– bis 20. Februar 2013 –

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsleiterin
Düsseldorf
– seit 21. Februar 2013 –

Annette Langner
Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Lorra
Bankprokuristin
Düsseldorf
– seit 21. Februar 2013 –

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Erich Roth
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Wolf-Dieter Tesch
Stellvertretender Bankdirektor
Frankfurt am Main

**Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats
(bis 30. November 2013 Kreditausschuss)**

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Stellvertretender Vorsitzender –

Thorsten Derlitzki

Bankangestellter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main

Volker Goldmann

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bochum
Bochum

Claus Kaminsky

Oberbürgermeister
Stadt Hanau
Hanau
– bis 19. September 2013 –

Frank Lortz

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Hans Martz

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Essen
Essen

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Siegmar Müller

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Germersheim-Kandel
Kandel

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Honorargeneralkonsul

Dirk Pfeil

Unternehmensberater
Frankfurt am Main

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis

Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin

Fritz Schröter

Mitglied des Thüringer
Landtages
Erfurt

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar
– seit 1. Oktober 2013 –

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saalfeld-
Rudolstadt
Saalfeld

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Prüfungsausschuss des Verwaltungsrats

(bis 30. November 2013 Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrats)

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Peschka

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck

Bankprokurist
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main

Brigitte Berle

Bankangestellte
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– bis 30. November 2013 –

Dirk Diedrichs

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt

Christiane Kutil-Bleibaum

Abteilungsleiterin
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Düsseldorf
– seit 1. Dezember 2013 –

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium der
Finanzen
Wiesbaden

Alexander Wüerst

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Köln
Köln

Der Verwaltungsrat hat außerdem im Rahmen seiner Befugnisse Aufgaben an einen Personal- und Vergütungskontrollausschuss, Bauausschuss, Beteiligungsausschuss sowie Nominierungsausschuss übertragen.

Vorstand

Hans-Dieter Brenner

– Vorsitzender –

Jürgen Fenk

Thomas Groß

Dr. Detlef Hosemann

Rainer Krick

Dr. Norbert Schraad

(46) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB.

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7.100	0 ¹⁾
2	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L., Oberursel	50,00	50,00		-2.064	-13
3	Aeskulap Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			31	-56 ¹⁾
4	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			24	1
5	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Frankfurt am Main	100,00			-18	7
6	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00			14	-5
7	Arealogics GmbH, Frankfurt am Main	50,00			13	0
8	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		26	0 ¹⁾
9	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	625	77
10	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		7.980	798
11	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		744	113
12	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	331	45
13	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1.262	158
14	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1.190	198
15	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00			46	0 ¹⁾
16	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG, München	100,00		0,21	-441	3
17	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1.017	670
18	Brillant Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	100,00	100,00		24	0
19	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,25	21,25		14.863	1.263
20	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		21.239	1.762
21	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		161	-3
22	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5.276	27
23	CAMPANULA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	33,33			-4.406	-675

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
24	CEREUS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co Vermietungs KG, Pullach	33,33			2.796	-477
25	CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	90,00			25	0 ¹⁾
26	CORPUS SIREO Holding GmbH, Köln	25,00			271	17
27	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln	25,00			130.050	32.871
28	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00			327	-108
29	Div Deutsche Immobilienfonds Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			52	0
30	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36.746	1.969
31	EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	90,00			25	0 ¹⁾
32	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00			-1.120	37
33	Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			-40	-65
34	Erste OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			k. A.	k. A.
35	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Kriefel	100,00			70.406	-10
36	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, Fulda	100,00			722	664 ¹⁾
37	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		158	8
38	Fellnerstraße 5 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			85	-1
39	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Fulda	100,00			25	92
40	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			9.848	47
41	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		99.878	3.073
42	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		770.744	60.000
43	Franziskanerhof Bonn GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			108	81
44	Franziskanerhof Bonn Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			27	0
45	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			210	0 ¹⁾
46	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Eschborn	50,00			89	-192
47	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			37	1
48	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			77	8
49	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			376	-4
50	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			13	0
51	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			955	311
52	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			22	1
53	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00			23.417	0 ¹⁾
54	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	78,00			-729	-766
55	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld, OT Waltersdorf	75,00			-555	-194
56	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			34	3
57	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse, Bonn	0,00		20,00	k. A.	k. A.
58	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00			256	0 ¹⁾
59	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			282	0 ¹⁾

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
60	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			184	3
61	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Eschborn	47,00			-2.527	-296
62	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Eschborn	50,00			31	2
63	GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			105	0
64	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			6.683	-121
65	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00			71	39
66	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00			47	-14
67	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			277	312
68	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		65.673	4.819 ¹⁾
69	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00			2.638	0 ¹⁾
70	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949.854	0 ¹⁾
71	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00			363.888	55.402
72	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			-4.841	-524
73	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1.824	-538
74	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	49,34	49,34		22.829	0
75	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	39,69			16.768	312
76	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	57,97			17.820	230
77	HANNOVER LEASING Private Invest Beteiligungs GmbH, Pullach	100,00			48.659	-703
78	HANNOVER LEASING Private Invest II GmbH & Co. KG, Pullach	91,25			51.432	-72
79	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	49,34	49,34		52	3
80	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	53,85			28.510	3.397
81	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			30	-89
82	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5.838	353
83	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		158.527	10.255
84	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		225	0 ¹⁾
85	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	100,00	100,00		5.375	185
86	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13.000	0 ¹⁾
87	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3.083	2.195
88	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		466	334
89	HELY Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		27	0
90	HELY Immobilien GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00		-552	15.232

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
91	Hessen Kapital I GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		34.719	75
92	Hessen Kapital II GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5.224	306
93	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		52.605	1.202
94	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2.462	9
95	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz	95,00	95,00	24,00	11.036	1.655
96	Horus Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Pöcking	50,00			-2.397	-1.133
97	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		108	6
98	IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2.978	-3
99	IKT Westhafen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			132	68
100	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		84	2
101	Intelligent Crop Forecasting GmbH i. L., Darmstadt	27,67			k. A.	k. A.
102	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			25	0
103	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	1.856	342
104	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			k. A.	k. A.
105	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			23	-2
106	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			-4.291	-1.111
107	Kornmarkt Arkaden Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			27	1
108	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			23	-2
109	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			23	-2
110	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00			8.749	1.185
111	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2.218	253
112	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			4.740	292
113	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		43.916	-453
114	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			18.413	1.116
115	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			16.947	416
116	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62			1.710	1.333
117	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00			-112	339
118	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			95	6
119	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v. d. H. KG, Frankfurt am Main	50,00			342	48
120	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			25	0 ¹⁾
121	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99			4.758	325
122	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	32,52	32,52		8.191	999
123	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	90,70			19.648	1.058

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
124	MIG Immobiliengesellschaft mbH i. L., Mainz	22,73	22,73		20	-13
125	Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-2.311	-908
126	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		19.795	960
127	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		4.500	-8
128	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Walldorf/Baden	50,00			31	76
129	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Walldorf/Baden	50,00			29	-11
130	Multi Park Verwaltungs GmbH, Walldorf/Baden	50,00			27	-1
131	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-70	-69
132	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00			328	0
133	OFB & Procom Einzelhandelsentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			24	0
134	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00			-704	-729
135	OFB & Procom Rüdeshelm GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			-9	-3
136	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00			k.A.	k.A.
137	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			5.341	463
138	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1.080	0 ¹⁾
139	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00			24	-1
140	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00			27	3
141	Palladium Praha s.r.o., Praha 1, Tschechien	83,00			-101.031	-739
142	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00			27	3
143	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k.A.	k.A.
144	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00			-188	-357
145	Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k.A.	k.A.
146	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Kassel	100,00			-62	124
147	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH & Co. Bauträger KG i. L., Frankfurt am Main	51,00			53	-11
148	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH i. L., Frankfurt am Main	51,00			28	1
149	Projektgesellschaft Eichplatz Jena mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			10	-2
150	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		25	0 ¹⁾
151	Riedemannweg 59-60 GbR, Berlin	32,00	32,00		-4.382	149
152	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,00	345	89
153	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6.106	45
154	Schlossgalerie Eschwege GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			144	21
155	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			14	-1
156	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00			9.422	-124

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
157	Sparkassen Markt Service GmbH, Darmstadt	50,00			5.042	154
158	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			25	0
159	STRATUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	94,80			-6.947	288
160	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00			5.192	-221
161	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		325	106
162	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		26	7
163	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		42	3
164	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH), Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	2.353	566
165	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1.411	139
166	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		26	0 ¹⁾
167	Vermögensverwaltung „Emailierwerk“ GmbH, Fulda	100,00			269	-47
168	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			260	0 ¹⁾
169	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-27	-51
170	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			21	1
171	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-2.354	-427
172	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00			-192	-41
173	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00		33,33	61	-1
174	Westhafenkontor GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-2	317
175	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72		19,24	6.758	6.511
176	Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			-13	-38
177	Zweite OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			k. A.	k. A.

¹⁾ Die Gesellschaft führt ihr Jahresergebnis aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags ab.
k. A.: Es liegt kein festgestellter Jahresabschluss vor.

(47) Liste der Mandate in Aufsichtsgremien gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Jürgen Fenk	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Thomas Groß	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Vorsitzender
Gottfried Milde	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Vorsitzender
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied

Frankfurt am Main/Erfurt, den 25. Februar 2014

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Fenk	Groß
Dr. Hosemann	Krick	Dr. Schraad

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 25. Februar 2014

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner

Fenk

Groß

Dr. Hosemann

Krick

Dr. Schraad

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 25. Februar 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt	Wolfgang Weigel
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Unterschriften

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Frankfurt am Main / Erfurt, 03. April 2014

gez. Henning Wellmann

gez. Christian Hee